

Kinnoncens  
Kinnoncens-Bureau  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Gruppi (C. H. Illert & Co.)  
Breitstrasse 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedr. Str. 4;  
in Stettin bei Herrn L. Streissland;  
in Frankfurt a. M.;  
C. L. Farbe & Co.

Nr. 634.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Pf. Es werden keine anderen als Postkosten des deutschen Reiches an.

# Pozener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Freitag, 11. September  
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

## Die ministeriellen Bestimmungen über Fortbildungsschulen und ihre Bedeutung für die Provinz Posen.

I.

Die Erwartung, welche vielfach gehegt wurde, daß die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule in dem in Aussicht stehenden Lehrerrechtsgesetz eine Stelle finden werde, scheint sich recht zu erfüllen, obwohl die Wichtigkeit dieser Schulen an höchster Stelle vollkommen erkannt und die Einrichtung und Unterhaltung solcher gefördert wird. Dass auch das Abgeordnetenhaus die Fortbildungsschulen zu fördern bereit ist, ergibt sich aus der Bewilligung von 47.000 Thlr. für dieses Jahr zur Unterstützung von derartigen Lehranstalten. Wohl mag die Frage noch nicht spruchreif sein, ob durch Landesgesetz die obligatorische Fortbildungsschule einzuführen sei, in welchem Umfang u. s. w. und es kann ja auch die Summe der gemachten Erfahrungen bisher nur gering sein, so daß ein eventuell zu erlassendes Gesetz vielleicht in Kürze wieder geändert werden müßte. Auch sind in der That die Verhältnisse zu kompliziert, als daß eine definitive Regelung schon jetzt ausführbar sein würde. Sollen diese Schulen, wenn sie gesetzlich eingeführt werden, nur für die Städte in Aussicht genommen werden oder auch für die ländliche Bevölkerung? In welchem Verhältnis sollen sie zu den Kommunen stehen? Wie ist es in Betreff der Schulgeldzahlung und in Betreff Verpflichtung der Lehrer zur Erteilung des Unterrichts zu halten? Welche Pflichten müssen die Arbeitgeber resp. Eltern und Bormünder übernehmen? Welche jungen Leute sind überhaupt zum Schulbesuch verpflichtet? Welche Riefe sind den Schulen zu setzen? Sollen sie mehr allgemeine Bildungsanstalten oder Fachschulen sein? Die Bedürfnisse dürfen auch für die verschiedenen Provinzen sehr verschieden sein, welche allgemeine Normen lassen sich aufstellen? Alle diese Fragen sind noch lange nicht zur Entscheidung reif, da ja die Bewegung für die allgemeine Einführung der Fortbildungsschule erst wenige Jahre alt ist und die gemachten Erfahrungen aus einigen größeren oder gewerblichen Mitstädten mit verhältnismäßig intelligenter Bevölkerung datieren. Unter dem 17. Juni d. J. hat der Minister Vall Bestimmungen über die Gewährung von Staatszuschüssen erlassen, und Grundzüge für die Einrichtung von Fortbildungsschulen festgestellt, und da er unter dem 2. Juli die Regierungen der Provinzen auffordert, Bericht zu erstatten über etwa bestehende ländliche Fortbildungsschulen und deren Einrichtungen, so kann angenommen werden, daß eine gesetzliche Regelung des gesamten Fortbildungsschulwesens zunächst noch nicht zu erwarten steht. Wir wollen in den folgenden Seiten erörtern, welche Bestimmungen die Verfügung vom 17. Juni trifft, und welche Schwierigkeiten sich der Erfüllung derselben in unserer Provinz entgegenstellen. Nach Herabhebung der großen Bedeutung, welche die Fortbildungsschulen für die fittliche Tüchtigkeit und für die Erwerbsfähigkeit der heranwachsenden Jugend habe, werden die Regierungen aufgefordert, den bestehenden Fortbildungsschulen eine eingehende Sorgfalt zu widmen und zur Errichtung neuer Anstalten Anregung zu geben, damit möglichst in allen gewerblichen Städten Fortbildungsschulen eingerichtet werden. Staatszuschüsse sollen von nun ab nur gewährt werden: 1) Schulen, welche nach einem demnächst zu besprechenden und von der Regierung genehmigten Plan arbeiten und in denen 2) durch Ortsstatut obligatorischer Schulbesuch eingeschafft ist. Da an der Entwicklung der Schulen die Gemeinden Anteil nehmen sollen, so sollen diese zunächst die Sorge für Volks-, Heizung und Beleuchtung übernehmen, ferner einen Buschus zur Schule gewähren, dem die Staatsunterstützung höchstens gleichkommen darf.

Bon der normalen Fortbildungsschule wird sodann eine Gliederung in 2 Stufen, eine Unter- und Oberstufe verlangt, deren jede in mehrere Klassen zerfallen kann. Die Unterstufe hat die Aufgabe, die allgemeine Bildung des Jünglings im Hinblick auf seinen Beruf zu fördern; sie umfaßt demnach thümlich sämtliche Lehrgegenstände der Oberklassen gehobener Volksschulen (ohne die Religion). Die Lehrgegenstände sind sämtlich obligatorisch. Die Aufgabe der oberen Stufe ist die Erhöhung der Gewerbstüchtigkeit des Jünglings insbesondere. Die Wahl der Lehrgegenstände richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, insoffern an dem einen Ort mehr die Ausbildung für das gewerbliche Leben im weiteren Sinne, an einem anderen die Ausbildung für den geschickten Betrieb eines Handwerks im Bedürfnis der Schüler liegen kann. In der ersten dieser beiden Unterabteilungen sind, neben den Disziplinen der Unterstufe Physik, Chemie, Bürgerliches und Kaufmännisches Rechnen, Buchführung und Handelskorrespondenz zu lehren (nach Bedürfnis auch fremde Sprachen fakultativ). Für die 2. Unterabteilung (die eigentliche Handwerker-Fortbildungsschule) soll Zeichnen der Hauptlehrgegenstand sein und auf denselben möglichst 8 acht wöchentliche Lehrstunden verwendet werden. Die gleiche Stundenzahl ist der Fortsetzung des Unterrichts in den Lehrgegenständen der Unterstufe zu gewähren; insbesondere soll neben Rechnen und Naturwissenschaft vaterländische Geschichte und Literatur Verstärkung finden. Von einzelnen Gegenständen der Oberstufe können Dispensationen der Schüler stattfinden. Wo es nicht angeht beide Stufen in besonderen Klassen zum Ausdruck zu bringen, sondern nur eine einschlägige Schule einzurichten, ist vorzugsweise die Aufgabe der Unterstufe zu erfüllen, doch soll Sorge getragen werden, daß besser vorgebildete Schüler auch zu ihrer Weiterbildung Gelegenheit finden. Für die Einrichtung und Ausstattung der Lehrräume und die Beschaffung der Lehrmittel gelten die Bestimmungen für die Volks- und Mittelschulen.

Dies sind in Kürze die erlassenen Bestimmungen. Es wird wohl ohne Weiteres angegeben sein, daß bis jetzt nur sehr wenig Schulen nach diesem oder ähnlichen Plane arbeiten. In großen Städten, wie

Berlin, Breslau, wo Fortbildungsschulen bereits seit 30 Jahren und länger bestehen und strebsamen jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geben, dürfte manche Bestimmung, die für die Oberklasse getroffen ist, erfüllt werden. Es ist aber dann die Stundenzahl eine viel geringere als sie angenommen wird, intelligente Meister gewähren aus freien Stücken die Zeit, st. hame Lehrlinge suchen die Schule möglichst gut zu benützen. Gleichwohl dürfte die Durchführung dieser Bestimmungen überall auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Als Norm ist für die Oberstufe eine Stundenzahl von 16 Stunden wöchentlich angenommen, für die Unterstufe ist zwar keine Angabe gemacht, doch nach den empfohlenen Unterrichtsfächern zu schließen, dürfte die Zahl ziemlich ebenso hoch zu rechnen sein. Wann soll der Unterricht nun ertheilt werden? Bisher wurde auch in großen Städten nur Sonntag oder höchstens noch an ein oder zwei Abenden unterrichtet. Da man nirgend besondere Schulhäuser herstellen und besondere Lehrkräfte wird anstellen wollen, so ist der Unterricht in anderen öffentlichen Schulgebäuden zu ertheilen zu einer Zeit, wo diese leer sind. In den meisten Fällen werden die Abendstunden gewählt werden, da das Verlangen, die Lehrlinge etwa um 4 Uhr Nachmittags zur Schule zu schicken, seitens der Meister den heftigsten Widerstand findet.

Aber längst als zwei Stunden Abendunterricht werden kaum gegeben werden können und so würde man, auch wenn täglich unterrichtet würde, auf 12 Stunden kommen und es blieben noch 4 Stunden für den Sonntag übrig. Aber ist schon diese Forderung, daß der Lehrling jeden Abend 2 Stunden und am Sonnabend sogar 4 Stunden in der Schule zubringe, eine unbillige, da auch, wenn der Meister die Thätigkeit des Lehrlings in den Abendstunden nicht beansprucht, man dem Lehrlinge einige Stunden der Erholung gönnen muß, so kommt noch hinzu, daß meist nach anstrengender Tagesarbeit die geistige Kraft, die die Schule beansprucht, naturgemäß erschafft. Vielleicht wird es möglich einige Stunden am Mittwoch- und Sonnabendnachmittag z. B. von 1—4 Uhr zu erlangen und an den übrigen Tagen den Unterricht Abends zu ertheilen; sicher aber dürfen die Meister erheblichen Einspruch erheben um so mehr, wenn der obligatorische Besuch angeordnet wird. Für große Städte ergeben sich wesentliche Schwierigkeiten aus der ungeheuren Zahl der Lehrlinge und das Budget dürfte eine sehr beträchtliche Mehrbelastung erfahren. Dazu kommt die Schwierigkeit der Kontrolle, zumal die Lehrlinge ihre Lehrherren sehr häufig wechseln. Eine große Schwierigkeit für alle Städte ist die Beschaffung der nötigen Geldmittel; denn wenn auch der Erlös des Ministers die Möglichkeit voraussetzt, daß Schulgeld gezahlt werde, so wird dies einerseits nur gering sein können und andererseits wird es eine schwierige Frage zu entscheiden, wer soll die Zahlung desselben leisten? Wollte man wie bei anderen Schulen verfahren, so würden die Eltern zu verpflichtet sein, indem wohnen diese oft an sehr entfernten Orten und sind auch oft so unbemittelt, daß sie froh sind, wenn sie mit 14 Jahren die Kinder aus der Schule in die Lehre geben können. Sollen aber die Meister zur Zahlung von Schulgeld angehalten werden, so würde dies unbillig sein. Schon die Zumuthung, den Lehrlingen Zeit zum Schulbesuch zu gewähren, stößt auf großen Widerstand seitens der Meister; verlangt man nun noch Zahlung von Schulgeld von ihnen und Befragung der Bücher, Schreibmaterialien, so würde die Erhöhung der Meister aufs äußerste steigen und doch ist es wünschenswert, daß von den Meistern die Fortbildungsschulen gefördert statt gehindert werden. Es ist ja nicht zu verkennen, daß die Meister heut oft in sehr schlimmer Lage sind, besonders in kleinen Städten. Gesellen sind heut sehr schwer zu erlangen und über die, welche sich anbieten, wird die bitterste Klage gehört, daher begnügen sich die Meister oft mit der Annahme einer größeren Zahl von Lehrlingen. Die meisten Lehrlinge brauchen die Schuhmacher und Schneider, aber erfahrungsmäßig ist die Zahl der Kinder aus besser situierten Familien in städtischen Schulen (wo die Kinder doch ein größeres Maß von Wissen im allgemeinen wenigstens sich erwerben), welche sich diesen Handwerken widmen, eine sehr geringe, daher sind die Meister froh, wenn sie Lehrlinge vom Lande aus ganz armen Familien bekommen (von dem Grade der Schulbildung solcher wird weiterhin die Rede sein) und von einer Zahlung von Lehrgeld ist selbstverständlich nicht die Rede. Oft genug verlassen die Lehrlinge nach einiger Zeit den Meister und gehen zu anderen, da leider gesetzlicher Schutz selten angerufen werden kann, und die Vortheile, welche sich der Meister von dem Lehrling dergestalt versprach, verwandeln sich in Nachtheile. Daher wird jedes Opfer, welches der Meister für den Lehrling bringen soll, die Unzufriedenheit desselben erregen. Es wird also unumgänglich nötig sein, daß von einer Schulgeldzahlung ganz Abstand genommen und die Kosten von der Kommune durch höhere Steuern gedeckt werden. Aber auch jede Steuererhöhung wird von den meisten Bürgern schwer empfunden und erzeugt Opposition gegen die ganze Einrichtung. Dazu kommt, daß ein erheblicher Theil der Lehrlinge vom Lande nach der Stadt kommt, und für die Schulbedürfnisse dieser, die doch auch meist die Stadt wieder verlassen und das schlechteste Schülermaterial abgeben, zu sorgen, scheint Bielen unnötig. Richtig möchte es sein, wenn die Kosten wenigstens zum Theil von den Kreisverbänden getragen würden, denn der Segen eines tüchtigen Handwerkerlandes kommt den Dörfern ebenso zu gut. Davon wird freilich bei uns noch lange nicht die Rede sein können. Einen ferner Grund, warum die Fortbildungsschule Widerstand findet, habe ich bisher noch nicht angeführt, weil er fast der Provinz Posen speziell eigen zu sein scheint. Hier hört man nämlich oft genug von den Meistern den Einwand erheben: wir haben keine Fortbildungsschule besucht und so brauchen auch die Lehrlinge die Schule nicht. Auch will es ihnen nicht in den Sinn, daß der Besuch der Fortbildungsschule ihnen keinen direkten

Sharetz 2 Gr., die gehörschaffene Teile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer 318 S. 188 Nachmittags 8 angemessen.

Shaden an Arbeitskraft bringe. Ja manche sehen es so an, als sollte der Lehrling in der Schule Erholung finden (müßig geben, wie mir oft gesagt wurde), während der Meister bei der Arbeit sitze. Davon, daß der Meister auch für das fittliche Wohl und für die Erziehung der intellektuellen Bildung ein Opfer bringen müsse, haben viele Meister keine Vorstellung; sie sehen die Lehrlinge an als Gegenstände, die nach Möglichkeit ausgenutzt werden müssen, damit Erfolg für die Kost und die Wohnung des Lehrlings geschafft werde. Auch davon, daß ihnen ein Lehrling, der in der Schule etwas gelernt hat, in den späteren Lehrjahren durch seine bessere Anstellungsfähigkeit und seine Kenntnisse augenblickliche kleine Verluste reichlich wieder einbringe, lassen sich viele Meister nicht überzeugen. „Ja, aber inzwischen läuft mir der Junge fort,” ist darauf die Antwort. So lange unser Handwerkerstand durchschnittlich solchen Ansichten huldigt, ist auf eine Förderung der Fortbildungsschule durch die Meister wenig zu rechnen.

Wenn also eine Kommune durch Ortsstatut die Einführung des obligatorischen Schulbesuchs beschließt, so ist auf vielen Widersprüchen der Meister in der Provinz Posen zu rechnen. Die Kosten müßten zur Hälfte von der Stadt, zur Hälfte von der Regierung, wenn diese sich dazu bereit erklärt, getragen werden. Aber auch so bleiben viele Schwierigkeiten noch zu beseitigen.

## Die carlistische Kriegsführung und die Guetaria-Affaire.

Der Vorfall von Guetaria ist nunmehr auch offiziell vollkommen bestätigt. Vor allen Dingen ist bemerkenswert, daß die ministerielle „Provinzial-Korrespondenz“ das kriegerische Intermezzo mit Erwiderung des Feuers durch den „Albatross“ als erledigt betrachtet und daß, weiteren amtlichen Mitteilungen zufolge, die deutschen Geschütze erstanden die carlistischen Batterien vor Guetaria beschossen, „nachdem man deutscherseits die Überzeugung gewonnen hatte, daß dieser Angriff nicht etwa auf einem Missverständnis beruhe.“

Somit wird der Einwand, daß die Offiziere des Don Carlos, welche das Feuer auf den „Albatross“ anordneten, sich in der Nationalität des Schiffes geirrt hätten, vollkommen hinfällig, ehe noch die Organe der liberalen und Legitimisten Zeit gefunden, mit demselben zu debattieren. Man erhält nicht „aus Missverständnis“ ein reguläres Feuer auf Schiffe, welche in einer Entfernung von vielleicht 3000 Meter an der Küste vorüberfahren und deren Flaggen die Nationalität so weithin erkennbar macht, wie dies gerade die deutschen thun. Wäre nur ein Schuß abgegeben worden, so könnte man mit mehr Aussicht auf Erfolg die Welt an das Obwalten eines Irrthums glauben zu machen versuchen. Aus der Fassung der oben erwähnten amtlichen Auskunft der „Provinzial-Korrespondenz“ geht aber klar und deutlich hervor, daß das Feuer der Carlisten auf den „Albatross“ ein kontinuierliches gewesen sein muß, denn andernfalls hätte man deutscherseits keine Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß hier kein Missverständnis obwaltet.

Die weitere Annahme, daß die carlistischen Geschütze möglicher Weise nur durch Zufall in dem Bereich unserer Kanonenboote niedergefallen seien, ist so abenteuerlich, daß es sich kaum verloht, sie zu widerlegen. Guetaria liegt, westlich von San Sebastian, nicht weit an der Küste des Golfs, während die das Hafentädtchen beschützenden carlistischen Batterien sich in einem Halbkreis von Südwesten nach Nordosten um dasselbe herumziehen. Hieraus folgt, daß die Geschütze, welche ein Feuer auf die Stadt unterhalten, dem Theile des Meeres, welcher zwischen Santander und San Sebastian liegt, nicht die Geschützmündung, sondern die Proze zuführen müssen. Der Course der deutschen Schiffe war also nur dann zu bestreichen, wenn die am meiste westlich positionierten Geschütze der Carlisten aufgezogen und eine volle Wendung zur neuen Feuerlinie ausgeführt hätten.

Abgesehen davon, daß beschossene Truppenabteilungen oder Schiffe immer sehr gut wissen und in den meisten Fällen auch sehen, woher sie ihr Feuer bekommen, ist die letzte Ausflucht, daß die Projektilen aus zu hoch gerichteten Geschützen des äußersten rechten Flügels der carlistischen Position bei Guetaria ihren Weg über die Enceinte des Städtchens und die jenseitigen carlistischen Batterien hinweg nach dem „Albatross“ gefunden hätten, deßhalb werthlos, weil die den Carlisten zur Verfügung stehenden Geschütze selbst bei einer Maximal-elevation des Rohres nicht auf circa 9000 Meter (1½ Wegstunde) feuern könnten.

Es bliebe dem Präsidenten Don Carlos, welcher über die Verteiligkeit der Seinigen bei Guetaria nicht gerade erbaut sein dürfte, dann nur noch der Ausweg, sich — wie gestern an anderer Stelle hervorgehoben wurde — zu seiner Entschuldigung auf einen Artikel des Seckriegsreiches zu berufen, welcher den Kriegsschiffen einer neutralen Macht verbietet, ohne vorher eingeholt Erlaubnis des betreffenden Hafenkommandanten, oder dessen militärischen Stellvertreter, innerhalb Kanonenschießweite die Küste des fremden Landes zu passiren. Da der edle Präsident natürlicherweise sich selbst als regulären Herrscher Spaniens, seine Truppen mithin als reguläre, dagegen die republikanischen Soldaten als Rebellen betrachtet, so hätte er von seinem Standpunkt aus mit dieser Berufung so Unrecht nicht. Trotzdem erwünschte ihm — wenn wir diesen Einwand für einen Augenblick gelten lassen wollten — hieraus noch nicht das Recht, sofort auf Schiffe feuern zu lassen, die in augenscheinlich friedfertiger Absicht mit entrollter Flagge den feierlich festgesetzten Abstand ihres Courses von der Küste nicht respektieren. In vorliegendem Falle sind die carlistischen Offiziere, deren Befehl das Rencontre von Guetaria veranlaßte, keineswegs genau

Über die Entfernung der deutschen Schiffe informirt gewesen, denn sonst würden sie die Distanz korrekter gegeben und ihre Geschütze nicht ins Blaue hineingeschossen haben.

Ganz anders aber liegt die Sache vom deutschen Standpunkt aus betrachtet. Indem wir die Serrano'sche Regierung erkannten, charakterisierten wir den Karlistenaufstand pure zur Rebellion, auf die keine Bestimmungen des Völkerrechts mehr Anwendung finden können. Unsere Kanonenboote waren mit Bewilligung der regulären madrider Regierung nach dem Golf von Biscaya zum Schutz der deutschen Landesbewohner abgegangen, weil Serrano augenblicklich zu schwach war, dem karlistischen Frevel selbst zu steuern. Nautilus und Albatross befanden sich also den Karlisten gegenüber nicht in einem neutralen Verhältnis, sondern vielmehr in dem einer Meeresgendarmerie den Piraten gegenüber. Jedenfalls wäre es nach diesen Vorfällen interessant zu erfahren, wohin die einschlägigen Befehlungen des Herrn Zembach als Oberkommandanten der Flotte gehen.

H.

Eine Broschüre, welche der Abgeordnete von Kardorf unter dem Titel: "ceterum censeo. Ein Wort zur Tabak- und anderen Steuerfragen" erst noch erscheinen lassen wird, giebt schon hente, nachdem die "Post" aus dieser Broschüre Auszüge zu veröffentlichen veranlaßt gewesen ist, zu grundsätzlichen Erörterungen Veranlassung. Die "Nat.-Ztg." äußert sich über diese Angelegenheit wie folgt:

Man wird ein Urtheil über das Buch nicht eher fassen dürfen, als bis dasselbe vollständig vorliegt; wenn aber der Verfasser es als einen zweifellosen Satz hinstellt, "dass praktische Motive der erheblichen Art dahin führen müssen, die direkten Steuern möglichst für die kommunalen Bedürfnisse zu reserviren, und für die Staatsausgaben dort grösere Einnahmequellen zu suchen, wo England und Frankreich sie mit dauernd nützlichem Erfolge gefunden haben", so darf die Richtigkeit dieses Sages mit nichts zugegeben werden. Das französische Steuersystem als musterhaftes Beispiel für das deutsche Reich oder

für einen Partikularstaat aufzustellen, ist an sich schon zur Zeit nicht zulässig.

Wir sind bei uns glücklicher Weise gar nicht in der Lage, die Steuerkraft so hoch anzuspannen, wie dies in Frankreich nötig ist. Ebenso ist es uns verwehrt, und wird am allerwenigsten von Herrn von Kardorf befürwortet werden, den protektionistischen Grundzug des französischen Bollsystems nachzuahmen. Es trennen also die beiderseitigen Steuersysteme prinzipielle Verschiedenheiten, die überhaupt nicht ausgeglichen werden können. England aber befindet sich in ganz anderer Lage als jeder Kontinentstaat, und was dort mit Erfolg und ohne Gefahr durchgeführt werden kann, darf, weil wir weder wissen können, ob für England keine Gefahr daraus erwachsen wird, weil wir aber mit Bestimmtheit voraussehen können, daß für uns recht erhebliche politische Gefahren erwachsen müssen, für unsere Bevölkerung niemals als Muster gelten. Die Frage, ob der Staat sich der Haupfsache nach mit indirekten Abgaben begnügen darf, die direkt aber den Kommunen überweisen sollte, kann nur aus Gründen entschieden werden, welche aus prinzipiellen Gründen und aus den für uns möglichen praktischen Umständen hergenommen werden.

Von diesem Standpunkte aus wird man sich immer dafür entscheiden müssen, daß der Staat die haupsächlichen direkten Steuern: Grundsteuern, Einkommen- und Klassensteuern, Gewerbesteuern für sich behalten muss, den Kommunen nur geteilt darf, Zuflüsse zu diesen Steuern sollen gleichnamige kommunale Steuern zu erheben. Den Grund für dieses Prinzip und seine Rechtfertigung finden wir in unserer geschilderten politischen Lage, also in demjenigen Moment, welches das unterscheidende Merkmal englischer Zustände bildet. Die englische Staatsverwaltung kann ihre Geldkraft der Haupfsache aus indirekten Steuern, namentlich Bößen beziehen, weil und so lange das Land durch seine innige Lage vor feindlichen Invasionen geschützt ist, und durch seine Flotte den überseeischen Verkehr, die Quelle, aus welchen die Staatseinnahmen fließen, aufrecht zu erhalten vermag; weil das Land ferner voraussichtlich, selbst wenn diese Quelle der Staatseinnahmen erheblich gestört werden sollte, im Stande sein würde, in kürzester Frist den Ausfall durch Staatseinnahmen zu decken. Bei uns findet gerade der umgekehrte Fall statt. Wir sind in jedem Augenblicke feindlichen Invasionen ausgesetzt, und sind kaum im Stande, im Kriegsfalle unseren auswärtigen Handel aufrecht zu erhalten. Sowie der Krieg unsere Grenzen überschreitet, unsere Häfen blockiert sind, würde, wenn man nach dem von uns verworfenen Prinzip verfahren wäre, der Staat seiner Einnahmequellen beraubt sein, in einem Augenblicke, in welchem er gendigt wäre, die Steuerkraft vor die äußersten Grenzen in Anspruch zu nehmen. Der Staat braucht diese direkten Steuern, wenn aus keinem anderen Grunde, so mindestens aus dem Grunde, weil er für außerordentliche Anstrengungen der Steuermann (und wer sieht uns denn dafür, daß alle Kriege, welche uns noch bevorstehen, außerhalb

der Landesgrenzen werden geführt werden können?) den Vertheidigungsstab, besonders für Grund-, für Einkommen- und Klassensteuer in der Hand behalten muss, damit sie in solchen Fällen ohne Weiteres den Bedürfnisse entsprechend erhöht werden können. Man scheint bei der Pänemacherei in Steuerfragen die hochpolitische Rücksicht, welche wie niemals, abgesehen selbst von allen anderen Gründen, aus den Augen lassen dürfen, ganz vergessen zu haben.

Im Uebrigen kann man natürlich innerhalb der gezogenen Grenzen kein schaden. Die Erziehung der Matrikularbeiträge durch zwölfmässiger angelegte Reichsteuern ist sicherlich wünschenswerth, kann vielleicht schon jetzt als nothwendig betrachtet werden. Aber der Gedanke, die Salzsteuer und die Matrikularbeiträge und die an die Kommunen zu überlassende Gebäudesteuer durch eine Tabaksteuer zu ersetzen, scheint uns mindestens auf nicht richtigen Berechnungen und Erwartungen zu beruhen. Die gegenwärtige Besteuerung des Tabaks bringt nur 3,660,000 Thlr. ein. Es darf zugegeben werden, daß dieses Genußmittel eine höhere Besteuerung verträgt. Ob aber diese höhere Besteuerung die ärmeren Volksklassen weniger hart treffen wird, als die jetzige nicht erhebliche Salzsteuer, das ist doch mindestens fraglich, wenigstens kann man eine Erhöhung der Tabaksteuer nicht ohne Weiteres beschließen, weil sie die Salzsteuer ersetzen soll, an welcher erst vor wenigen Jahren die erheblichen Erleichterungen gewährt worden sind; und eine prinzipielle Rücksicht darauf, abermals wieder eine Steueränderung einzutreten zu lassen, liegt nicht vor. Soll aber die Erhöhung der Tabaksteuer so hoch gesteigert werden, wie Herr v. Kardorf vorschlägt, so daß sie 40,000,000 Thlr. einbringt, so möchten wir doch zu bedenken geben, daß diese Erhöhung den Konsum dieses Luxusgenusses so erheblich herabdrücken muß, daß man schließlich die Reduzierung ohne den Wirth gemacht haben würde. Gegen die Überweisung der Gebäudesteuer an die Kommunen würde sich weniger einwenden lassen, da ja ohnehin die Kommunen durch die ihr anzumuthete Übernahme von Leistungen die Staatskasse entlasten. Aus den von uns entwinkelten politischen Gründen würden wir aber nur die Überweisung eines Theils der Steuer und der Grundsteuer befürworten können. Das Grundprinzip aber, von welchem Herr von Kardorf ausgeht, daß die Staatsausgaben aus indirekten Steuern gedeckt, die direkten aber den Kommunen abgetreten werden sollen, können wir um der Sicherheit des Staates willen nicht als richtig annehmen.

## Deutschland.

Berlin, 9. September.

— Die Angaben dieser Zeitungen, daß die Aussichten auf Erwerbung des Nachbarstaaten Gebündes für den Reichstag gering seien, weil der verstorbene Graf den Verlauf des Terrains seinen Erben verboten habe, beruhen nach der "Volks-Ztg." auf irrthümlichen Voranschreibungen. Abgesehen davon, daß das Terrain ein fiktisches ist, muss beachtet werden, daß bisher die Expropriation nur aus Rücksicht für den alten Grafen von der Hand gewiesen wurde. Auf die Erben desselben wird dieselbe Rücksicht schwerlich genommen werden.

— Herr Dr. Karl Rudolf Friedenthal zeigt in einem Birkularschreiben an, daß er seine in Breslau, Pest und Triest geführten Handelsniederlassungen an die Herren Adolph Grunwald, Wilhelm Leipziger und Friedrich Napp überlassen habe und zwar unter Hinwegfall der bisherigen Firma "Karl Friedenthal", welche gleichzeitig in Liquidation tritt, um demnächst gänzlich zu erlösen. Dieser Schritt wird von Herrn Dr. Friedenthal mit folgenden Worten motivirt: "Der Umstand, daß die Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten, welchen ich mich seit längerer Zeit gewidmet habe, meine volle Thätigkeit beansprucht, veranlaßt mich zu dem Entschluß, meinen industriell-kommerziellen Wirkungskreis aufzugeben."

— Der "Neue Soz.-Dem." veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

"In Unbedacht, daß der Zimmererbund politisch geschlossen ist, daß ferner alle sozialistischen Gewerkschaftsverbände sich der polizeilichen Verfolgungen in hohem Maße zu erfreuen haben, so daß auch der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Unterstützungsbund an die Reihe kommen wird, haben wir beschlossen, den Verband am heutigen Tage selbst aufzulösen. Die Auflösung ist der Berliner Polizeibehörde angezeigt worden. Die Verbandsmitglieder werden aufgefordert, sämmtlich auf den allmonatlich einmal erscheinenden "Pionier", Organ der sozialistischen Gewerkschaften, zu abonnieren. Expedient des "Pionier" ist der seitl. Verbandskassirer Aug. Kapell, Redakteur der seitl. Befreiungspresident Otto Kapell. Der seitl. Befreiungspresident Hirschfelder hat seine Mitwirkung an der Redaktion des "Pionier" zugesagt. Die Bevollmächtigten haben an den einzelnen Orten der Ortspolizeibehörde von der Auflösung des Verbandes

sich die Welt zu wenig angesehen zu haben; hätte er sich das mehr angelegen sein lassen, so würde er nicht in so ungemeinliche Verwicklungen gerathen.

Die einheimischen Darsteller thaten ihr Bestes. Die Rollen waren angemessen besetzt und wurden erfreutlich mit Lust und Liebe gespielt. Die Vorstellung ging rund und rasch von Statten. E.

## Skandal-Geschichten

findet es, die Nochfort im neuesten (10.) Heft der "Laterne" zum Besen giebt — so piquant, daß er die Familienväter in der Einleitung ersucht, diese Laternennummer vor ihren Kindern zu verwahren. Und er hat recht, denn es ist die cronique scandaleuse der Bonaparte und anderer Größen, an deren behagliche Durchüberung er herantritt, um daraus gegen seine Feinde Kapital zu schlagen. Das, was wir nachstehend mittheilen, ist selbstverständlich derart, daß es gelesen werden kann.

Die bonapartistischen Zeitungen, sagt Nochfort, leugnen einstimmig das Vorhandensein eines Testaments Napoleons I., das er in die Hände seines Beichtvaters, des Abts Bignani gelegt. Natürlich, denn dasselbe verweist den oposyphonen Sprößling des unglückseligen Ludwig von Holland für immer unter die politischen Finabel-Kinder.

Der Werth der bonapartistischen Dementis ist bekannt. Vor etwa 20 Jahren meldete das "Journal officiel", damals noch "Moniteur" genannt, den Selbstmord des Grafen Camerata, Sohn des Gräfin Bachiochi. Die öffentliche Meinung witterte hinter dieser Geschichte sofort irgend ein "Regierungs-Stückchen". Und wirklich erzählte jetzt der jüngst verstorbene corsische Polizeiagent Griselli in seinen hinterlassenen Memoiren, daß der Graf Camerata durch die Hand eines Agenten Bambo starb, welcher dem interessanten jungen Mann auf höheren Befehl eine Kugel durch den Kopf jagte.

Als ich während meiner Verhaftung unter dem zweiten Kaiserreich den Haag passierte, wo ich Barbes begrüßte, hielt ich in diesen Händen einen feierlichen, eigenhändigen Protest des Königs Ludwig von Holland, den er aus Anlaß der Geburt des später unter dem Spitznamen Napoleon III. regierenden Individiums gegen die Barberschaft zu diesem Kinde aufgesetzt. Dieses detaillierte und blühende Aktenstück wurde durch den Gemahl der Königin Hortense in dem Archiv des Königreichs deponirt, wo man es noch sehen kann.

Anzeige zu machen. Erst alledem und alledem schließen wir mit dem Rufe: Es lebe die Einigkeit, es lebe die sozialistische Organisation!" Berlin, den 8. September. 1874. Das Präsidium des Allgemeinen deutschen Arbeiters-Unterstützungs-Verbandes: Hosenblever, Präsident. Otto Kapell, Vizepräsident. Sonnitz, Etzmann.

Zur Verbreitung sozial-demokratischer Ideen soll vom 1. Oktober an in Berlin ein neues Blatt erscheinen. Der leipziger "Volksstaat" (Organ der Befreiung und Liebknecht) begrüßt die Probenummer mit den Worten:

"Wir heißen den neuen Streiter für die Emanzipation der Arbeiterklasse in unserem Reihen herzlich willkommen. Mögen die Arbeiter durch zahlreiches Abonnement es ermöglichen, daß 'Der Sozialist' in der Arbeiter-Bewegung bald möglichst den ihm gehörigen Platz einnimmt. Es ist von Wichtigkeit, daß unsere Sache in Berlin, der Zentrale des politisch-sozialen Lebens, durch ein einflußreiches Blatt vertreten wird. Jeder Arbeiter thue daher in der Verbreitung des 'Socialist' seine Pflicht."

[Bekanntmachung] Nr. 60 der "Neuen Freien Zeitung" vom 12. März c. kündigte in einem Leitartikel "Siegesjämmer" die Thätsachen des gegenwärtigen Ministeriums und gelangte dabei zu dem Schlusse, daß mit alleiniger Annahme des Justizministeriums alle übrigen Minister in bedenklicher Weise vernachlässigt würden. Nahtlich wurde von dem Kultusminister Dr. Falk behauptet, der selbe behandle das Schulwesen als Aschenbrödel. — Nr. 73 derselben Zeitung vom 27. März c. reproduzierte unter der Überschrift: "Die Vertreibung des Konkurrenzgeschäfts durch den Kaiser", eine "Bolema" der "Frankf. Ztg." gegen die Ansprache des Kaisers an die ihn zu seinem Geburtsstage gratulirenden Generale, in welcher u. a. zu vertheilen gegeben war, der Kaiser wolle die Hilfe des Militärs gegen den in Sachen des Militärbedrugs widerhaften Reichstag in Anspruch nehmen. — Die Staatsanwaltschaft erblieb in dem ersten Artikel eine Bekleidung des Staatsministeriums, in dem zweiten eine Bekleidung des Kaisers und erhob demgemäß Anklage gegen den verantwortlichen Rektaur der "Neuen Freien Zeitung", Dr. Eduard Löwenthal, welcher seinerseits die Autorität des ersten und die Kenntnisnahme des zweiten Artikels vor der Veröffentlichung zugab, aber die Staatsanwaltschaft beider Delikte bestreit. In der Audienz machte der Staatsanwalt zur Begründung der Anklage geltend, daß die Majestätsbeleidigung in dem Artikel vom 27. März in der Form gefunden werden müsse, in welcher die Worte des Kaisers interpretiert werden. Die Gesetzgebungssatzung habe von den Generälen nur denjenigen Gehorsam erfordert, welchen sie kraft ihres Amtes dem Kaiser schuldig sind; von irgend einem inneren oder äußeren Feind sei dabei gar nicht die Rüte des Artikels den Worten des Kaisers eine Drohung gegen den Reichstag unterliege. Der Artikel instinierte dem Kaiser einen schweren Verfassungsbruch, und das sei eine grobe Beleidigung. In gleich unverblümter Weise werde in dem Artikel vom 12. März dem gesammten Staatsministerium vorgeworfen, es vernachlässige seine Pflicht, und speziell werde dem Kultusminister nachgelagt, er behandle das Schulwesen als Aschenbrödel. Das Märchen erzählte uns, daß Aschenbrödel von den Geschwistern nicht fahrlässig vernachlässigt, sondern vorsätzlich mißhandelt worden; im vorliegenden Falle bedeutete es also, der Kultusminister mißhandele das Schulwesen absichtlich. Aus diesen Gründen beantragte der öffentliche Ankläger das Schuldbild in beiden Fällen und eine Gefängnisstrafe von vier Monaten Gefängnis. — Der Angeklagte beruft sich auf das Vorhandensein einer Majestätsbeleidigung in dem inkriminierten Artikel, der einfach das Faktum der kaiserlichen Ansprache registrierte. Aber selbst wenn man annimmen wollte, es läge eine Drohung gegen den Reichstag in den kaiserlichen Wörtern, sei dies vom konstitutionellen Standpunkte aus bedauerlich, aber keineswegs ehrenhaft für die Person des Kaisers. Ebenso müsse er die Bekleidung des Staatsministeriums in dem andern Artikel in Abrede stellen. Der Staatsanwalt habe übersehen, daß die betreffende Stelle faktisch abgefaßt sei und daß der Sarcasticus niemals wörtlich gedeutet werden dürfe. — Der Gerichtshof eignete sich in seiner kurzen Beratung vollständig die Ansicht des Staatsanwalts an und erkannte demgemäß die Schuldbild der Majestätsbeleidigung und Bekleidung des Staatsministeriums und verurteilte den Angeklagten zu vier Monaten Gefängnis, Aburteilung der Kultusminister und Verurteilung der beiden Artikel und Verurteilung des Staatsministeriums, den Urteilsträger nach bekräftigter Rechtskraft in der "Neuen Freien Zeitung" zu publizieren.

Denken O. Schl., 6. September. Die hiesige "Grenz-Ztg." berichtet folgenden Zug von Fanatismus: Dem Bäckermeister Neisenfeld aus Schiemianowitz wurde vor Kurzem in Beuthen, wo er sich in Geschäften befand, in der Bäckerstraße von dem Bäckermeister Mischel die Mütze vom Kopf heruntergerissen, weil er diefe während des Vorbeipassirens eines katholischen Leichenzuges nicht abgenommen hatte. Erst nach langerem Hin- und Herzrennen gelang es ihm endlich, wieder in den Besitz seiner Mütze zu kommen.

Landesbut, 6. September. Kultusminister Dr. Falk traf mit seiner ältesten Tochter am 3. d. g. gegen 5 Uhr Abends mit der Bahnhof hier ein und fuhr zunächst nach dem Hotel "zum Raben", begab sich

Der Admiral Verhull wird da mit dünnen Worten als Vater des jungen Ludwig bezeichnet. Die faktische Unmöglichkeit für den Bruder des großen Kaisers, sich als Vater dieses Sprößlings zu erkennen, ist in dem Dokumente mit einer Genuglichkeit und einer solchen Masse von Beweisen dargethan, daß kein Zweifel bestehen kann. Außerdem ist es ja viel häufiger der Fall, daß Vater fremde Kinder als die ihrigen hängen und pflegen, als daß sie eigene verzeugen.

Der König Ludwig handelte gewiß nicht unter dem Einfluß einer unberechtigten Eifersucht, denn 20 Jahre nach der Geburt dieses "abgelehnten" Sohnes, als er in diesem Punkte gewiß ruhig dachte und mit sich im Reien war, 1831, schrieb er einen später veröffentlichten Brief an den Papst wegen der Theilnahme seiner beiden Kinder an dem Aufstande der Romagnolen. Man kann sich nicht offener über die Geheimnisse des Ehebetts äußern als er es gethan.

Heiliger Vater, schreibt der entthronte König, "meine Seele war voll Traurigkeit und ich bebe vor Entzürfung, als ich von dem verbrecherischen Angriff wider die Herrschaft Gottes erfuhr. Mein schon so schmerzensreiches Leben mußte also noch die grausamste Kummerlust erfahren, vernehmen zu müssen, daß einer der Meinigen alle die Güte, mit welcher Sie unsere unglückliche Familie überschüttet haben, vergessen konnte. Das unglückliche Kind ist tot, Gott erbarmte sich seiner! Was den Anderen betrifft, der sich meinen Namen anmaßt, so wissen Sie, heiliger Vater, daß er mir nichts ist. Ich habe das Unglück, eine Messalina als Frau zu besitzen u. s. w."

Ist das nicht schlagend? Der Andere, d. h. Louis Napoleon wird von seinem Vater verleugnet, und der heilige Vater weiß es, daß er ein Bastard ist. So offen war der Ehebruch begangen worden.

Der Brief an den Papst ist noch mit weiteren sehr detaillierten Beweisen ausgestattet, so daß es des von den Bonapartisten angezeigten Testaments Napoleons I. gar nicht mehr bedarf. Der Prozeß ist entschieden.

Ich meinesheils sah im Haag eine angeblich zu Ehren Napoleons III. geschlagene Bronzemedaille. Das Profil der dargestellten Persönlichkeit erinnerte so an das des "melancholischen Papager", daß ich nicht einmal daran dachte, die Umschrift nachzulesen. Es war das Portrait des Admirals Verhull. Man braucht übrigens nicht lange die Gemälde der holländischen Schule zu studiren, um über den Mr-

jedoch von da bald nach dem biegsigen evangelischen Kirchhof, um die Gräber seines hier ruhenden Großvaters und seines Bruders zu besuchen. Später stellte derselbe Herrn Kfm. Schuhard einen Besuch ab und verbrachte den Abend in der ihm nahe verwandten Familie des Baron von Bülow in Nieder-Bieder. Am gestrigen Morgen besuchte der Herr Minister die Gnadenkirche und dann den Superintendent Richter, ließ sich auch die von der Jugendzeit her noch in guter Erinnerung stehenden Blätter zeigen, und fuhr um 10 Uhr Vormittags nach Prag, um von da weiter nach Tirol zu reisen.

Aus Westfalen, 5. September, schreibt man dem „Frk. J.“: Ein Telegramm des Kanonen-Kröfus Alfred Krupp bezüglich des Sedantages hat nicht allein in der Arbeiterbevölkerung, sondern auch in politischen Kreisen böses Blut gemacht. Dasselbe lautet wörtlich: „Morgen werde ich zur Fabrik kommen, um dieselbe mit Flaggen geschmückt, überall in voller Kraft arbeiten zu sehen. So jähren wir die Ausrüstung für Deutschland und feiern den Tag von Sedan voll Dank durch Arbeit zugleich zu des Landes und der Arbeiter Nutzen.“ Krupp muß nämlich in dem der „Fertigung von Kriegsmaterial“ gewidmeten Theil seiner Werke bereits mit Nacht-Schichten arbeiten lassen, um seinen konträren Verpflichtungen zu rechter Zeit nachkommen zu können, midrigensfalls er schwere Konventionalstrafen zu zahlen haben würde. Der Patriotismus des Fabrikanten verband sich hier anmutig mit dem Geiste des Geschäftsmannes, dem jeder verlorene Arbeitstag Tausende von Thaler kostet. Es dürfte daher klar sein, warum die Arbeiter der Kruppschen Werke den Sedantag durch Arbeit feiern müssen.

Bochum, 6. September. Der Redakteur der „Westf. Volkszt.“ war gestern von neuem vor die Schranken des hiesigen Kreisgerichts gefordert:

Am 8. Oktober v. J. hatte das Blatt einen Leitartikel mit der Überschrift „Gepräch des Großbeziers von Japan mit einem amerikanischen Journalisten“ gebracht, der sofort nach seinem Erscheinen das lebhafte und allgemeine Aufsehen hervorrief, weil er eine so plumpen und gehässige Verlärmdung unseres Kanzlers enthielt, wie sie noch kein kleineres Blatt (selbst das „Bayerische Vaterland“ nicht ausgenommen) vorzubringen gewagt hat. Der Artikel läßt den Fürsten Bismarck, der jeden Leser sofort in dem „amerikanischen Großbezirker“ erkennt, eine Konversation mit einem Journalisten führen, in der er diesem einen Wein über seine wahren Absichten in dem gegenwärtigen kriechlichen Kampf einschlägt. Er äußert dabei u. a., es wäre eine Thorheit von Schwachköpfen, anzunehmen, daß er blos auf die Verfolgung republikane Vernichtung, der katholischen Kirche und ihrer Priester hinarbeitet. Mit solchen Kleinigkeiten gebe er sich nicht ab. Er habe ein weit ärgerliches Ziel im Auge, und beabsichtige nichts Geringeres als jeden Gottesglauben und jede Religion zu beseitigen, da nur auf diese Weise der Staat zu der ihm gehörenden unbeschränkten Allmacht gelangen könne. Wer der Vater dieser gesetzten Dichtung ist, hat leider nicht ermittelt werden können. Derselbe dürfte vielleicht in gewissen höheren Kreisen zu suchen sein, da Hr. Blum wegen Verweigerung der Namhaftmachung desselben sogar ein Martyrium von drei Wochen Gefängnishaft nicht gescheut hat, während er seinem Freund Baron von Stoerffer gegenüber schon zweimal lediglich an seine eigene Salbung dachte. Daß der Legate der Schädige nicht ist, wurde durch zwei Zeugen auf Grund ihrer Kenntnis der Schützlichen Handchrift festgestellt. Wie gestern morgens auch heute gegen die beiden Angeklagten, Hrn. Blum als Redakteur der „Westf. Volkszt.“ und Hrn. Stoffels als deren Verleger in contumaciam verfahren werden. Der Strafantrag des Hrn. Staatsanwalt begründete sich für Hrn. Blum auf § 32 des früheren Strafgesetzes, gegen Hrn. Stoffels auf die §§ 185 und 186 des Strafgesetzes und lautete auf 500 Thlr. Gelbhusz beziehungsweise 4 Monat Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte zu Recht, daß beide Beklagte der ihnen von der Staatsanwaltschaft zur Last gelegten Vergehen schuldig seien, mindere aber die Gelbhusz für Hrn. Blum von 500 Thlr., denn gesetzlich höchste Strafmaß, auf 200 Thlr. und die Gefängnishaft für Hrn. Stoffels auf 6 Wochen herab.

Straßburg, 7. September. Die Verordnung, welche die deutsche Sprache als obligatorisch Unterrichtssprache in den Elementarschulen einführt, ift nun auch auf die höheren Töchterschulen und Mädchenpensionate ausgedehnt worden, jedoch mit einigen Beschränkungen, so zwar, daß bis zum 14. Lebensjahr der Schülerinnen die deutsche Unterrichtssprache ausschließlich in den höheren Klassen für Religion, Geschichte, Geographie und deutsche Sprache gilt, und endlich, daß in Gesändern mit französisch sprechender Bevölkerung zu erhalten sind: wöchentlich 5 Stunden Deutsch bis zum 10., 9 Stunden Deutsch bis zum 14. Lebensjahr der Schülerinnen und 11 Stunden Deutsch bis zum Schlusskursus. — Der, zuerst im pariser „National“ erwähnte „Mechanische Bericht“ der sieben elzäffolbringischen Protestageordneten erfuhr in Paris in Form einer Broßüre und wurde auf dem Wege des Buchhandels an bestimmte Adressen versandt. Bezeichnend ist das Verfahren, welchem diese Veröffentlichung

sprung des Helden von Sedan ganz und gar ins Reine zu kommen. Sein gänzliches Neukäre kennzeichnet ihn als einen einfachen friesischen Bengel, was auch sein Vater war.

Als 1840 nach dem Boulogner Putsch der Pairshof über den Prinzen Louis Napoleon zu Gericht saß, schrieb der in Paris wohnende Verhull an den Präsidenten Basquier: „Verurtheilen Sie ihn nicht zum Tode. Retten Sie ihm den Kopf, ein Vater beschwört Sie darum.“ Der Herzog von Basquier zeigte diesen Brief mehreren Personen und bewahrte ihn unter seinen Papieren. Dem Herzog von Audiffret-Basquier ist er wahrscheinlich so gut bekannt wie mir.

Die Bonapartisten müßten ihr Bastardbanner im Stich lassen, wäre es nicht eine Henne mit goldenen Eiern, die sie zurückhält. Welcher Hahn die Henne erzeugt hat, ist ihnen ganz gleich. Ihnen ift's nicht um eine Person oder ein System, sondern um Geld und Stellen zu thun. Von wem der 38. (der Letzte in der Schule) von Woolwich abstammt, ist eine Gardinenfrage, keine politische, eine Geschmacksfrage seiner Großmutter. Genug daß er Ministerpostbeamtes, Marschallstabs-, Präfekten- und Generaleinnehmerstellen verspricht. Würde heute der einzige legitime Bonaparte, Prinz Karl, der ältere Sohn der Königin Hortense, aus dem Grab auferstehen, die Partei Nouher würde ihn gewiß desavouiren, weil er kein Geld hätte.

— Die Gerichtsverhandlungen über Bazine's Flucht werden bei verschlossenen Thüren geführt, hätte man die Thüren früher verschlossen, so wäre er gar nicht entwischt. Die Gefängnisbeamten in Frankreich geben den Leuten, welche in den Gefängnissen gehäftet werden sollen, wahrlich ein leuchtendes Beispiel von Moral und Billigkeit.

Rochefort geht zu einer Schilderung des Gefangenwärterpersonals in Neukaledonien über. Diesenjenigen von diesen früheren Polizeiergeanten, welche Weiber mitbringen, genießen gewisse Vergünstigungen, erhalten Ackerland und vergleichen. Viele heirathen daher in Frankreich, ehe sie an ihren Bestimmungsort abgehen, aber da sie schwer anständige Mädchen bekommen, nehmen sie ihre Frauen aus dem Abschauern der Bordell- und Straßendirnen. Es herrscht in Neukaledonien eine unausgesetzte Orgie, in welcher auch Haushälter, an den Köpfen zerstochene Flaschen und Revolverflüsse mit unterlaufen. Wir seften von Anfang an unsere Flucht auf einen Sonntag Abend fest, weil die Wächter ausnahmslos allsonntags von 3 Uhr Nachmittags an bis zur Bewußtlosigkeit betrunken sind (steif getrunken sagt

ihren Ursprung dar). Wie man aus der Vorrede der Broßüre entnimmt, haben die Protestageordneten diesen Nachrichtsbericht“ allerdings gemeinsam verfaßt, allein gleich darauf beschlossen, ihn nicht zu veröffentlichen. Der Herausgeber der Broßüre aber wußten sich das Manuskript des Protestes dennoch zu verschaffen und legten es hiermit dem Publikum vor. In der That fehlt jede Unterschrift zur Beurkundung der Achtlichkeit des „Nachrichtsberichtes“. Auf diese Art hoffen sich die Verfasser des Nachwerkes nach jeder Hinsicht den Rücken zu decken. Bei ihren Anhängern erklären sie die Arbeit als die ihre; bei etwa drohenden Unannehmlichkeiten werden sie sagen, der Protest ist nicht von uns, ja sogar gegen unsern Willen veröffentlicht worden. So ist bei dem Verfahren unserer Protestmänner auch diesmal wieder „Vorsicht als des Mutthes bester Theil“ vorangestellt worden.

### Ö ster r e i ch.

Wien, 7. September. Der „große Verkannte“, wie sich Ludwigs Kossuth zu nennen beliebt, hat es wieder einmal für nötig befunden, in einer Art Manifest die politische Lage in Ungarn und die Stellung der Parteien zu erörtern. Das Schriftstück ist datirt aus den Bädern von Monferrano, wo Kossuth Heilung für sein gichtisches Leiden sucht; etabliert ist er seit einem Jahre in einem Ort unweit Turin, Baraccone di Torino genannt, wo er Winter und Sommer zuzubringen gedenkt. Zwei Fraktionen der Linken hatten sich in letzter Zeit an ihn, der jetzt seine Eitelkeit darein setzt als eine Art Delphisches Orakel von den Parteien in Ungarn angerufen zu werden, gewendet: er möge sich über ihre Prinzipien und Haltung aussprechen und zwischen ihnen entscheiden. Die beiden Fraktionen, deren jede einen ihrer Führer persönlich zu Kossuth entsendet hatte, sind: die 48er Partei, welche die Hh. Frank und Canady zu ihren Führern zählt, und die Partei der Unabhängigen, die von den Hh. Ernst Simonyi und Mossay geleitet wird. Beide Fraktionen sind aus den ehemaligen äußersten Linken und jenen Theilen des linken Zentrums zusammengesetzt, die sich von Tisza losgelöst hatten, als er eine gemäßigtere Richtung eingeschlagen; beide Fraktionen verhorresieren in gleicher Weise den Ausgleich und die gemeinsamen Angelegenheiten, und sehen nur in der vollständigen staatlichen Unabhängigkeit Ungarns das Heil des Landes; die Fraktion der Unabhängigen ist aber die weitaus gemäßigtere, indem sie den Verband mit Österreich doch anerkennt und demselben einigermaßen Rechnung tragen will, während die 1848er Partei, kurz gesagt, auf dem Standpunkte von Debreczin 1849 steht — ein Standpunkt freilich, der sich nicht offen darlegen läßt und durch allerlei Phrasen verdeckt werden muß. Das bezeichnende nun ist, daß Kossuth in seinem etwas langatmigen Schreibesatz sich für die Gemäßigten, die Unabhängigkeitspartei ausspricht, wie denn der Brief auch an diese gerichtet ist, und das andere Schreiben an die 1848er Partei gar nicht veröffentlicht wurde, weil dem Vernehmen nach die Antwort des Gouverneurs den Absichten der Parteiführer gar nicht entsprechen soll. Vom 1867er Ausgleich und den gemeinsamen Angelegenheiten will Kossuth begreiflicherweise nichts wissen; er sieht in den letzteren die Ursache aller Übel, von welchen Ungarn heimgesucht ist. „Keine politische Frage wird nach ihrem inneren Werth entschieden, sondern nach ihrem Verhältniß zu dem Ausgleichsgesetz; stets und überall muß dem engen Verbande mit der westlichen Reichshälfte Rechnung getragen werden; das ungarische Staatswesen ist ein Mythus, eine ungarische Politik besteht nicht.“ Gegen das Ausgleichsgesetz sollen sich daher alle Bemühungen richten und um die Fahne der staatlichen Selbstständigkeit Ungarns alle Patrioten scharen. Die Partei der Unabhängigen scheint ihm das richtige Prinzip zu verfechten: daß die Nation unabhängig ihre Angelegenheiten besorge, befreit von fremden Einflüssen und dem Druck fremder Interessen. Kossuth tritt sogar näher an Kolo man Tisza und spendet ihm viel Bob: daß er dem Machtkiel widerstanden und der Fahne nicht untergeworden; früher wollte Kossuth von Tisza und seiner gemäßigten Politik nichts hören. Wenn er schließlich die Hoffnung ausspricht, daß er auch persönlich noch an dem Kampfe für die gute Sache teilzunehmen gedenke, so wird dies wohl figürlich zu nehmen sein; denn es scheint uns, trotz der Schwenkung, die eben Kossuth von der Donaukonföderation zu einem parlamentarischen Kampfe gegen den Ausgleich gemacht, doch unmöglich, daß er wieder seinen Fuß nach Ungarn setze, so sehr auch einige seiner Getreuen es heute ernstlich zu glauben Miene machen.

der Studenten). Welch heilsame Einfluß diese moralische Ordnung auf die Deportirten üben muß, versteht sich von selbst.

Auf der Insel St. Marguerite, von welcher Bazaine „entsprang“, werden keine größeren Tugendmuster den Wachdienst verfehren. Der interessante Kapitän und Bonapartist Doinneau war gerade der rechte Mann dazu, Bazaine aus der Patsche zu helfen. Wegen Meuchelmords zum Tode verurtheilt, war er vom Kaiser begnadigt worden, wie Bazaine von Mac Mahon, also von Hause aus ein par nobile fratum. Dieser Doinneau war ursprünglich ein einfacher Bandit, wurde aber von der kaiserlichen Familie hoch gehalten und trug auch nach seiner schwipischen Verurtheilung wegen Meuchelmords mit der unschuldigsten Miene von der Welt den Orden der Ehrenlegion im Knopfloch.

Er hellebete in Südfrankreich den einträglichen Posten eines Inspektors der Eisenbahnarbeiten. Als solcher promovierte er sehr viel und höchst gräßtlich auf den Chausseen, wahrscheinlich, um aus alter Gewohnheit nachzusehen, ob kein Postwagen vorbeikäme. Er erhielt vom Kaiser die Mittel zu einer kleinen Hofhaltung. Das kam daher, weil Doinneau, als er den arabischen Häuptling ermordete, nur im Auftrage von zwei Generälen gehandelt hatte. Die mit mir in der Etappe von Ré eingespielten arabischen Kaisers haben mir die ganze Geschichte genau erzählt. Der Aga, welcher im Postwagen erschossen wurde, befand sich auf dem Wege nach Paris, um dem Kaiser die Beitrügereien, Expressungen und Verbrechen aller Art vorzubringen, welche unter der Leitung des Generals de Beaufort und des Generals Cousin-Montauban die arabischen Bureaux begingen. Sie beauftragten Doinneau, den Kaid aus dem Wege zu räumen. Die beiden Generale wurden des aus der Affaire entstandenen Skandals halber abberufen, aber als der Feldzug gegen China vor der Thür stand, wurde der Ehrenmann Montauban wieder in Aktivität gesetzt und mit dem Oberkommando betraut. Er war ein erfahrener Dieb, und man zog ja aus, um zu stehlen. Er verdiente sich dem auch dadurch, daß er der Kaiserin ein gestohlenes Halbschiff von schwarzen Perlen zurückbrachte, den Titel Graf von Palikao. Wenn Doinneau ein schlechter Kerl wurde, so ist er daher nicht allein schuld daran. Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist, und Palikao was dem Kaiser von China gehört.

— Jetzt wo die Vendôme-Säule bis auf die Krönung wiederhergestellt ist, erhebt sich der wichtige Streit, welche Statue auf derselben angebracht werden soll. Ich schlage vor, die Statue Mac Mahons

### F r a n k r e i c h .

Paris, 7. September. Das Ereignis des Tages ist die Maßregelung des „Univers“. Der betreffende Erlass des General-Gouverneurs von Paris lautet wörtlich wie folgt:

„Der General-Gouverneur von Paris, Kommandeur der 20. Militär-Division; in Anbetracht, daß das „Univers“ in seiner Nummer vom 6. September jedes Mal überschreitet, zur Berichtigung der bestehenden Regierung durch unehörliche Schmähungen aufzeigt, welche geeignet sind, unsere auswärtigen Beziehungen zu kompromittieren, den öffentlichen Frieden zu stören und der Würde der französischen Presse eine empfindliche Schädigung zuzufügen. Nach der Ansicht der Ministerräthe und kraft der Gewalten, welche ihm das Gesetz vom 9/11. August 1849 über den Belagerungsstand verleistet, beschließt: Art. 1. Das Journal „Univers“ ist vom 7. September bis zum 21. September suspendiert. Art. 2. Der Polizeipräfekt ist mit der Ausführung des gegenwärtigen Erlasses beauftragt. Geschehen zu Paris den 7. September 1874. Für den General-Gouverneur: Der Divisions-General und Chef des Generalstabes ges. Serget.“

Dieser Erlass zeichnet sich gewiß nicht durch große Klarheit aus, wenigstens ist aus demselben nicht ersichtlich, daß das „Univers“ gemäßregelt worden ist, weil dasselbe einen Artikel seines Chefs-Medailleurs über die Anerkennung der spanischen Regierung veröffentlicht hat, in welchem der Chef der Exekutivgatt Marquess Serrano in einer ganz unerhörten Weise beschimpft wurde. Kürzlich wurde diese „meisterhafte“ Leistung des Herrn Louis Beuillot berichtet und bemerkt, daß der Artikel „unübersehbar“ sei. Der spanische Botschafter Marquis de Vega y Armijo hatte den Artikel noch gestern Mittag zu Geicht bekommen, aber keinen Augenblick gezögert, eine Note an den Herzog von Decazes zu richten, in welcher er dem Minister die Notwendigkeit darlegt, für eine solche unehörliche Beleidigung eine sofortige und eklatante Genugthuung zu gewähren. Der Herzog von Decazes konferierte noch gestern Abend mit dem Marquess MacMahon, der heute Morgen in aller Frühe behufs einer Jagdpartie Paris verlassen wollte. Ein außerordentlicher Ministerrath fand in Folge dessen um 8 Uhr Morgens statt und sowohl der Präsident der Republik, wie sämtliche Minister teilten die Ansicht des Herzogs von Decazes, daß die Namimation des spanischen Botschafters gerechtfertigt sei. Die Suspensionsur des „Univers“ wurde beschlossen und der Minister des Außenamtes beauftragt, den Marquis de Vega y Armijo von diesem Beschuß in offizieller Weise Mitteilung zu machen. Von den Abendblättern haben erst die spät erschienenen „Le Français“, „L'Union“ und „Le Soir“ Kunde von dem „Ereignisse“ erhalten. Das letztere Blatt beginnt sich mit Mitteilung der Thatsache; die legitimistische „Union“, die sich selbst bedroht fühlt, drückt es in folgenden Worten aus:

„Wir erfahren, daß das „Univers“ auf 14 Tage suspendiert ist. Es ist das zweite Mal, daß unser tapferer Kollege zum Stillstand verurtheilt ist, weil er mit zu großer Freimüthigkeit und in alldemzender Weise die Stimme gegen die Würde und der Größe Frankreichs erhoben hat. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, in der wir leben, und vielleicht müssen wir unseren augenblicklichen Herren (aux maîtres du jour) dankbar dafür sein, daß wir noch im Stande sind, unsere Sympathie Denjenigen zu bezeigen, welche auf dem Schlachtfelde fallen, wo wir mit ihnen für dieselbe Sache kämpfen.“

Der offiziöse „Français“ zieht bereits die Note an, welche voraussichtlich morgen die meisten Journale anschlagen werden. Derselbe schreibt:

„Wir erfahren im letzten Augenblick, daß das „Univers“ auf 14 Tage suspendiert ist. Wenn wir sehen, welche Sprache genüge auswärtige Blätter ungefähr gegen die französische Regierung führen, so führen wir durch diesen Vergleich um so lebhafter die schwierige und peinliche Lage, welche dem besiegierten Frankreich und denen, die an unserer Spitze sind, bereitet ist. Aber dieses Gefühl legt uns die Pflicht auf, Alles zu vermeiden, was diese Situation noch verschlimmern könnte. In diesem Falle geht die Würde mit dem Patriotismus Hand in Hand, um uns Stillzuhalten zu gebieten.“

Es ist das immer dieselbe Geschichte. Die offizielle Haltung der Regierung ist durchaus korrekt, aber die offiziöse Presse muß dann gleich durch ihre Sprache beweisen, daß man nur „gezwungen“ in korrekter Weise handelt.

Wir erfahren im letzten Augenblick, daß das „Univers“ auf 14 Tage suspendiert ist. Wenn wir sehen, welche Sprache genüge auswärtige Blätter ungefähr gegen die französische Regierung führen, so führen wir durch diesen Vergleich um so lebhafter die schwierige und peinliche Lage, welche dem besiegierten Frankreich und denen, die an unserer Spitze sind, bereitet ist. Aber dieses Gefühl legt uns die Pflicht auf, Alles zu vermeiden, was diese Situation noch verschlimmern könnte. In diesem Falle geht die Würde mit dem Patriotismus Hand in Hand, um uns Stillzuhalten zu gebieten.“

Das Vaudeville „Die Mormonen in Paris“ veranlaßt Rochefort, einige Anekdoten aus seinen Erinnerungen von seinem Besuch in der Salzseestadt Utah zu erzählen, natürlich mit beizenden Beziehungen auf Frankreich, seine moralische Ordnung und die Weisheit seiner Regierung. Im Weiteren drückt Rochefort seine Entrüstung aus, daß in Folge seiner und seiner Genossen Flucht der Kommandant von Neukaledonien eigenmächtig und gegen den Wortlaut des Gesetzes über die Deportirten und des Urteilsspruchs sämtliche Deportirten von der Halbinsel Ducos nach der Dichterinsel bringen läßt. Die Unglückschen hatten sich auf der Halbinsel Ducos Häuschen gebaut und kleine Gärten angelegt, in denen sie Gemüse und dergl. zogen, um die Einförmigkeit der Gefangenenzof zu mildern. Jetzt nimmt man ihnen das Alles wieder und gibt sie der Noth und allen Unbillen des Klimas preis. Endlich sucht er noch der Regierung begreiflich zu machen, welchen Unsinne sie begehe, indem sie englische Zeitungen verbiete, weil man unter ihrem Kreuzband mikroskopische Ausgaben der „Paterne“ entdeckt habe; er könne dies, meint er, als Expressionsmittel z. B. gegen die „Times“ benützen. „Ich“, sagt er, „ihre es nicht, weil es eine Gemeinheit wäre, aber wäre Tarbes an meiner Stelle, er hätte diese Idee schon vor 14 Tagen ausgeführt.“ Er schließt das Heft mit folgender Betrachtung: „Tempo“, „Bien public“ und „Opinion nationale“ sind zu je 50 Fr. Geldstrafe verurtheilt worden, weil sie einen Brief Bajaine's veröffentlicht haben. Es ist dies das Minimum der Strafe. Hätten diese Journale einen Brief von mir veröffentlicht, so wären sie zum Maximum verurtheilt worden. Das ist der Unterschied.

## Italien.

Nom. 5. September. Die Veröffentlichung der Briefe des Pater Theiner an Professor Friedrich in München bezeichnet die florentiner "Nazione" als einen harten Schlag für die Jesuiten. Das Blatt schreibt:

"Sie (die Jesuiten) rufen einstimmig aus: Das ist Bismarck's Werk! Um sich eine Vorstellung von der Bedeutung dieser Briefe zu machen, muß man bedenken, welchen Ruf der Verfasser in ganz Europa genoss, welche Stellung er als Konservator des geheimen vatikanischen Archivs einnahm und wie sehr er vom Papste geliebt und geschätzt wurde. Die Jesuiten waren seine Feinde; aber obgleich es ihnen gelang, ihn nach langem Kampf aus seinem Amt zu verdrängen, die Zuneigung und das Vertrauen des Papstes konnten sie ihm nicht rauben. Dafür blieb er auch dem Papste treu, und als die italienische Regierung ihn für den Staatsdienst zu gewinnen suchte und ihm für Italien wenigstens glänzende Anerbietungen machte, ließ er sich nicht bewegen, sie anzunehmen. 'Die Jesuiten', sagte er, 'würden triumphieren, der heilige Vater aber den bittersten Schmerz empfinden; und weil ich diesem kein Leid und jenen keine Freude bereiten will, bleibe ich im Vatikan.' So können ihm die Jesuiten nicht nachsagen, er sei ins Lager der Revolution übergegangen und habe sich der italienischen Regierung verkauft. Als aber der Papst erfuhr, daß der Pater Theiner in 'Civitavecchia' auf den Tod erkrankt war, schickte er ihm (Figlio dilettissimo, dem beliebtesten Sohn) seinen Segen und ließ ihm nach dem Tode eine Lohne halten, worin der Verbliebene als der Gnade des heiligen Vaters wunderbarer Sohn gepriesen wird. Man ist hier allgemein gespannt, was die Jesuiten auf die Briefe erwiedern werden. Am gescheitesten thäten sie, wenn sie ganz still blieben. Aber werden keine anderen nachfolgen, fragen sie ängstlich, worin vom Konzil, vom Unfehlbarkeitsprinzip, von der römischen Kurie und vom Papste selber die Rede sein wird? Letzterer stand bis zum Jahre 1870 mit Pater Theiner in vertrautestem Verhältnis und unterhielt sich oft stundenlang mit ihm. Den Jesuiten ist nicht unbekannt, daß der Papst sie im Grunde seines Herzens nie geliebt hat, und sie fürchten deshalb, daß er seinen Gefühlen gegen sie dem Pater Theiner gegenüber Ausdruck aegben hat und daß die päpstliche Verurtheilung des Jesuitordens mit späteren Papstreden und seiner Untrüglichkeit und Wahrheitsliebe schwer vereinbar sein und weder dem heiligen Vater noch der Gesellschaft Jesu zur Ehre gereichen möchten. Diesen Brief fürchten die Jesuiten am meisten, und deshalb öffnet man die 'Königliche Zeitung' jeden Tag mit angstlichem Herzschlag im Vatikan."

So die "Nazione", während man ähnlich dem neapolitanischen "Pungolo" aus Rom schreibt:

Gestern hielten die Führer der Klerikalen beim Kardinal Monaco la Valetta großen Rat über die Art und Weise, wie sich der üble Gedruck, den die Briefe des Paters Theiner hier wie überall bei den Klerikalen machen, verwischen oder wenigstens abschwächen läßt. Der Schrecken und die Verwirrung, die sie im klerikal Lager hervorgerufen haben, lassen sich gar nicht beschreiben."

## Aufland und Polen.

Petersburg, 5. Septbr. [Zur Bartfrage in der Armee.] Ich schrieb Ihnen vor einigen Wochen, daß das in Russland bis auf den heutigen Tag für Militärpersonen in Kraft befindliche Verbot, Vollbärte zu tragen, demnächst aufgehoben werden würde. Dies ist nun erfolgt. In diesen Tagen hat der Kaiser einen allerhöchsten Befehl erlassen, nach welchem das Tragen von Vollbärten in der ganzen Armee, jedoch mit der aristokratischen Ausnahme der Garde- und Grenadier-Regimenter, sowie der zur Suite und zum Kriegsministerium gehörenden Offiziere, gestattet ist. Diese Unterscheidung zwischen Bärtigen und Nichtbärtigen hat in militärischen Kreisen unangenehm berührt, sie wird nur dazu beitragen, die zwischen der Garde und der Linie bereits herrschende Kluft noch mehr zu erweitern. Die Flotte scheint der Kaiser ganz vergessen zu haben, was um so mehr zu bedauern ist, als es unter den Matrosen zahlreiche Seltner giebt, welche es für eine Sünde halten, den Bart zu scheeren. So ist vor einiger Zeit der Fall vorgekommen, daß ein Matrose, der sich aus Gewissenskrüppel weigerte, den Bart zu rasieren, dieserhalb degradirt und in eine Strafkompagnie gestellt wurde. Es lebe der Czaar!

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. September.

Die Gewerbeschule der polytechnischen Gesellschaft wird in den ersten Tagen des Oktobers, und zwar, wie wir hören, am 6. Oktober, aufs Neue eröffnet werden. Als Schulräume sollen einige der großen Säle des alten Mariengymnasiums (in der Jesuitenstraße) benutzt werden. Die Anzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden ist von früher 12 auf 15 erhöht worden, indem außer in den Abendstunden der Wochentage von 8–10 Uhr auch Sonntag Vormittags von 9–12 Uhr unterrichtet werden wird. Während früher der Unterricht ertheilt wurde im Zeichnen, Modelliren, Schreiben und Rechnen, sollen für diesen Winter die beiden letzteren Unterrichtsgegenstände wegfallen und an deren Stelle geometrisches und architektonisches Zeichnen, sowie Physik und Chemie treten. Es werden unterrichtet: im Zeichnen und Modelliren der Zeichnungslehrer an der städtischen Realschule, v. J. J. Rupke, im geometrischen und architektonischen Zeichnen der hiesige Architekt Hartmann, in Physik und Chemie Mittelschullehrer Rupke.

Der Volksgartensaal wird gegenwärtig durch einen Anbau vor der Hauptfront nach der Sommerhälfte hin erweitert. Derselbe ist dazu bestimmt, das Buffet und die Treppen zu den Gallerien, welche bisher im Saale befanden, aufzunehmen, so daß dadurch der Zuschauerraum erheblich vergrößert werden wird. Der neue Bufferaum und die neu anzulegenden Treppen werden mit dem Saale durch entsprechende Durchgänge und Deffnungen in Verbindung gesetzt. Zur Wintersaison ist für das Volksgartentheater ein ganz neues Personal engagiert worden.

In Königsberg beginnen am 15. d. für die Seminarlehrer der Provinzen Posen, Preußen und Pommern zwei Kurse im Zeichnen und in der Physik und Chemie.

XX Fraustadt, 8. September. [Abiturientenprüfung. Ausgrabung.] Bei der am 5. h. m. stattgefundenen Abiturientenprüfung an hiesiger Realschule unter Vorst. des Schulrats Herrn Boltz aus Posen, haben die beiden Abiturienten das Examen mit dem Brüderl. "ausgezeichnet" bestanden. Beide freitags kamen Arbeiter beim Ausgraben in den städtischen Kirchen in Neugrätz auf eine Grabplatte, unstrittig aus der Zeit der Schwedenkriege herriührend, wo in und um Fraustadt eine bedeutende Schlacht geschlagen wurde. Die Skelette lagen auf geordnet in zwei Reihen mit den Köpfen zusammen, und haben sich noch sehr gut erhalten; namentlich waren die Zähne noch vollständig, sowohl im Unter- als auch im Oberkiefer, und von besonderer Schönheit. Außer einzelnen Stücken Tuch, wahrscheinlich von der Bekleidung der Krieger herriührend, wurde nichts vorgefunden. Dass übrigens der Kampf ein sehr erbitterter gewesen sein muß, beweist eine als einziges Überbleibsel aus jener Zeit im Gasthause zu Neugrätz aufbewahrte Holztafel mit folgender Aufschrift:

Den Samstag vor Fasching  
Habt Gäste stets in Acht  
Jahr und Tag ist sie zu feiern  
Als die große Schlacht geschehen,  
Da auf diesen Staubendiensten  
Durch das Schwert bis 80 fielen.

Die großgedruckten lateinischen Buchstaben in den ersten zwei Versen ergeben die Jahreszahl 1706. Am 13. Februar 1706 wurden nämlich bei Fraustadt zwischen Möhrsdorf und Geiersdorf die vereinigten Sachsen und Russen, zusammen 19.000 Mann, unter dem Kommando des Generals Schulenburg und Wostrowitzki von etwa 10.000 Schweden unter dem General Rennfeld total geschlagen. Die Schlacht, welche nur von Mittag bis 3 Uhr Nachmittag dauerte, kostete den Sachsen und Russen 6000 Mann tote und 7000 Mann nebst 30 Kanonen, welche gefangen genommen wurden. Die Schweden hatten nur 1500 Kampfunfähige.

d. Koschmin, 9. Sept. [Beerdigungsfrage. Militärisches.] Seit einiger Zeit ist auch bei uns die Beerdigungsfrage ein Gegenstand mannigfacher Erörterung gewesen, allerdings nicht in dem Sinne, ob Verbrennen, oder Vergraben. Dem Inhaber der ländlichen Polizeiverwaltung, Herrn Distrikts-Kommissarius Hauptmann Freiherrn von Greiffenstein, war davon Kunde geworden, daß die Juden ihre Leichen auf dem zum ländlichen Polizeibezirk unweit der Stadt am sogenannten Orla'er Wäldchen belegenen Friedhofe nicht vorchristlich tief beerdigten resp. daß übertriebene, die Lust verpestende Gase dem Beerdigungsplatz entströmten. Nachdem sich Herr von Greiffenstein persönlich von dem letzteren überzeugt hatte, verlangte er von der hiesigen jüdischen Korporation, daß ihm zur Überwachung der sanitätspolizeilichen Vorschriften von jeder Beerdigung vorher Anzeige gemacht werde. Indes, die Korporation behauptet, durch die Anzeige des Todesfalles bei der städtischen Polizei-Verwaltung und mit der von dieser eingeholten Erlaubnis zur Beerdigung – die Juden bringen nämlich die Leichen so schleunig wie möglich unter die Erde, ohne die gesetzliche 72-stündige Frist dazu abzuwarten, wozu ihnen von der Ortspolizeibehörde auf § und eines ärztlichen Attestes, daß ein wirklicher und kein Scheintod vorliegt, die Genehmigung ertheilt wird – genug gehabt zu haben, welche Anzeige auch die städtische Polizei-Verwaltung zu der thigen gemacht hat. Der Kreis-Landrat, welchem die Sache vorgelegen, hielt die Aufforderung des Distrikts-Kommissarius aufrecht. Jetzt liegt die Angelegenheit der königl. Regierung in Posen zur Entscheidung vor. Wie diese aufzufassen wird, dürfte wohl kaum zweifelhaft sein, da doch die städtische Polizei-Verwaltung die Beachtung der sanitätspolizeilichen Vorschriften dort nicht kontrolliren kann, wohin ihr Amt nicht reicht. Daß bisher eine solche Anzeige nicht erforderlich worden, liegt doch nur daran, daß die früheren Verwalter der Distrikts-Polizei einen Verstoß gegen die sanitätspolizeilichen Vorschriften nicht wahrgenommen haben dürfen. Der Umstand, daß nun jetzt den Hinterbliebenen, welche in ihrem Schmerze ohnehin geschäftliche Besorgungen genügend haben, durch diese Anzeige resp. Genehmigungseinholung, noch mehr Lasten auferlegt werden, darf, so gerne die Behörden auch stets auf dergleichen Rücksticht nehmen werden, bei der hohen Wichtigkeit der Sache, nicht in Betracht kommen. – Wenn diese Beile dazu beitragen möchten, daß die Polizei-Behörden diesem, für das allgemeine Wohl so wichtigen Zweige ihrer Verwaltung – der Sanitäts-Polizei – welche im allgemeinen noch recht stiefmütterlich behandelt wird, erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden möchten, so hätten sie ihren Zweck erreicht. – In Nr. 35 des Kreisblatts fordert der Landrat in Krotoschin diejenigen Landwohnmänner und Reserveleute, welche im Jahre 1871 jenseitfreie Darlehen erhalten und damit noch im Rückstand sind zum nunmehrigen Beginne der Rückzahlung bei Vermeidung der Klage auf. – In demselben Blatte publiziert das 1. Bezirks-Kommando in Rawicz die die jährigen Herbst-Kontrollveramtungsermächtigung. Komin 13, Lipowice 7. und Wolnic am 8. f. Mis. Soweit wir die Verfügung verstehen, erhalten die Mannschaften der Landwehr incl. der Halbinvaliden resp. der nur Garnisonsfähigkeiten keine besondere Ordres, weshalb hier noch, da das Kreisblatt wohl nicht viele lesen, darauf hingewiesen sein mag.

n. Krotoschin, 9. Septbr. [Verurtheilung eines Bruders. Sechs Dragoner angeklagt. Gesundheitszustand.] Der Probst Russchynski aus Dobrzica, wurde vorige Woche von der Kriminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichts wegen Bedrohung des Lebens eines Menschen zu einer Gefängnisstrafe von 10 Thlr. eventuell 3 Tage Gefängnis verurtheilt – Vor dem königl. Gericht der XI. Division zu Breslau wird gegenwärtig ein Kriminal-Prozeß gegen 6 Dragoner des 2. Schles. Dragoner Reg. Nr. 8 verhandelt. Die Angeklagten haben im Juli c. beim Durchmarsch mit angekauften Remonten durch das im hiesigen Kreise liegende Dorf Targowice beim dortigen Gutsbesitzer einen beträchtlichen Weindiebstahl mittels Einbruchs verübt. – Zur schnelleren Ausführung der äusseren Bauten des hiesigen Eisenbahndamms wird täglich eine von Breslau kommende Lokomotive erwartet. – Der Gesundheitszustand unter den Kindern im hiesigen Kreise hat sich immer noch nicht gebessert, da täglich Sterbefälle vorkommen, sämmtliche an der Ruhr.

Bromberg, 7. September. [Zur Reform des Eisenbahnsystems.] Der gegenwärtige Vorsitzende der Direktion der Ostbahn, Geb. Ministerial Rath Wrx, ist von seinem Urlaube wieder hierher zurückgekehrt. – In Bezug auf das Avancement der Eisenbahn-Bureau-Beamten ist seitens des Ministeriums eine sehr wichtige und in das innere Verwaltungswesen tief einfließende Bestimmung erlassen worden. Nach dieser Ministerial-Befreiung werden jenseit der Ernennung der Bureau-Beamten zu Eisenbahn-Betriebs-Sekretären und von diesen zu Eisenbahn-Sekretären orientalische Examens abgelegt werden. Zu diesen Examens wird von der Direktion jeder Verwaltung eine Kommission gebildet, welche aus Mitgliedern der Direktion und aus Beamten der betreffenden Bureaus besteht. Das Examen hat sowohl die geistigen Fähigkeiten überhaupt, als im Besonderen die praktische Tüchtigkeit des Beamten festzustellen. Es ist zu hoffen, daß diese Bestimmung auf das ganze Eisenbahnwesen günstig einwirken wird, da von jetzt an die Beamten veranlaßt werden, gleich Beamten anderer Kategorien die Zeit der Ausbildung und Bildung zum Berufe weitlich auszukauen, die unbrauchbaren, welche jetzt eben nur in Folge ihrer Aeuernität vorrückten, besseren, brauchbaren Kräften Raum lassen werden, und tüchtige Männer jenseit eher und sicherer vorwärts kommen werden, als dies bisher geschehen ist. Natürlich ist die Neuerung nicht wohl aufgenommen worden. Die Heftigkeit aber, mit welcher man gegen dieselbe zieht, zeigt, daß der Minister einen wunden Fleck getroffen hat. Der Nepotismus wird unter diesen Umständen weniger Macht haben. (Thorner Ost.-Btg.)

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Deutsche Jugend, diese der Kinderwelt gewidmete Monatsschrift, deren Texte von Julius Voßmeyer und deren illustrierter Theil von Oscar Pletsch redigirt wird, vollendet soeben ihren 4. Band. Das bisher Geleistete hat sich des Beifalls der Jugend nicht nur, sondern auch des einstimmigen Lobes aller Pädagogen zu erfreuen gehabt, und diese haben die nicht leicht zu erringende Anerkennung gezeigt, daß diese Schrift die beste ihrer Art in der deutschen Literatur ist. Die ersten Vertreter der Jugendliteratur nicht nur, sondern die ausgezeichnetesten Schriftsteller, sowie die bewährtesten Zeitschriften unterstützen das Werk mit grossem Interesse, und so darf dasselbe den Eltern und Lehrern als eine geistige und herzerquickende Lektüre für Kinder und Schüler an das Wärmeste empfohlen werden. Der Verlagsbuchhandlung von Alphons Dürr gebührt das Lob, daß sie keine Kosten scheut, aus jedem einzelnen Heft der "Deutschen Jugend" einen Brachband herzustellen.

\* Die bekannte, bisher von Julius Rodenberg herausgegebene Monatsschrift: "Der Salon" (Verlag von A. H. Payne in Leipzig) hat mit dem Septemberheft die Redaktion gewechselt. Dr. Franz Hirsch in Leipzig übernimmt vom 1. Oktober an die Redaktion des "Salon", wozu gegen J. Rodenberg eine neue Monatsschrift im Berliner Verlage von Paetel herausgegeben wird.

## Vermischtes.

\* Ein Postwagen ist am Sonnabend Vormittag in der Wallstraße zu Berlin der Art eines überaus frischen und empörenden

Diebstahlversuchs geworden. Der in der Stallschreiberstraße wohnhafte Postspediteur Sulke begleitete am gedachten Tage einen der bekannten gelben Paketwagen als Konditeur auf seiner Tour durch einzelne Straßen des Wallstraße-Bezirks und hielt vor einem Hause der Wallstraße still, um ein Paket abzugeben. Kaum war Sulke in's Haus getreten, als ein Mann in Postuniform dem Konditeur, der in dem guten Glauben war, seinen Konditeur vor sich zu haben, kurz und bündig zurrief: "Nach dem Neben-auf", ganz ordnungsmäßig in das Koupé stieg, und mit einem Paket im Nebenhause verschwand. Mittlerweise trat Sulke aus dem Nebenhause, stellte den Konditeur zur Rede, daß er eigentlich weiter gefahren und vernahm dann zu seinem Staunen die Geschichte von seinem Doppelgänger, der nach Lage der Sachen nur ein räffanter Gauner sein konnte. Der Konditeur sowohl, als Sulke stürmten nun instinktiv in das Haus und trafen auch richtig den angeblichen Postbeamten, der mit einem Messer auf sie losstürzte und dem Konditeur einen Stich in die Schläfe versetzte, so daß derselbe bewußtlos zu Boden sank. Sulke jedoch gelang es, den Attentäter so lange festzuhalten, bis derselbe durch Polizeibeamte in Sicherheit gebracht werden konnte. Der Verhaftete ist, wie sich herausstellte, ein ehemaliger, mit den Verhältnissen genau bekannter Hilfs-Postbeamter, der die Gelegenheit zu einem Diebstahl für passend hielt. Das entwendete Paket hatte einen Werth von ca. 80 Thlr. Wie der "B.-B." von beteiligter Seite mitgetheilt wird, wäre der verwundete Konditeur seinen Verleuten bereits erlegen.

\* Die Reliquien zu Dobberan. Der "Mirror" empfiehlt denjenigen Reisenden, welche etwa Mecklenburg besuchen, doch ja in der Dobberaner Kirche nachzusehen, ob die von Nugent in seinem alten Buche "Reisen in Deutschland" beschriebenen Reliquien noch dort aufgestellt werden. Unter anderen Kuriostitäten werden folgende erwähnt: eine kleine Quantität Haars, welches die Jungfrau Maria zum Spinnen brachte; ein Bindel Heu, welches die drei Weisen des Morgenlandes für ihr Bett mitgenommen und in Bethlehem zurückgelassen hatten; ein Stück von dem Kleide des armen Lazarus; ein Stück Leinwand, welches die Jungfrau Maria mit eigenen Händen angefertigt hat; ein Stück von dem Kopfe des Fisches, der im Tobias erwähnt ist; ein Stück von dem Mantel, den Joseph in den Händen der Frau des Potiphar gelassen hat; der Schnurrbart St. Jerome's; ein Teil des Eingeweides von Judas, die hervorquollen, als er aus einanderplagte. Die Schere, mit welcher Delilah Simson's Haar abschnitt; ein Stück von der Schürze, welche der Fleischer trug, als er bei Rückkehr des verlorenen Sohnes das Kalb schlachtete; eine Schlaubaupe der Jungfrau Maria; eine Mütze des Knäbleins Jesu; ein Stück vom Futterknochen St. Peters und viele andere kuriose Sachen, die man vor feuschen Ohren nicht gut nennen darf. Herr Nugent berichtet auch, daß der Aufseher dieser Reliquien sich bitter über die vielen Diebstähle beklagt habe; ein gewissenloser Bursche batte ihm den Hauptstab gestohlen, nämlich "eine Feder aus dem Flügel des Engel Gabriel". – Glaube ja Niemand, daß es sich hier um einen losen Scherz handele, dieser fromme Trödel wird in der That an jener Stelle gezeigt.

\* Galgenhumor. Unter dem Titel "Ein unmäßiger Vorfall" brachte die prager "Politik" fürzlich mit hervorgehoben Schrift folgende Notiz, zu deren Verständnis wir bemerkern, daß der gegenwärtige prager Bürgermeister Hulcik ein Jungezeuge ist: "Der Gemeindevertretung einer dänischen Stadt wurde die bewohrende Antunft des Königs nothwendig, und in Folge dessen im Stadtverordneten-Kollegium eifrig darüber debattirt, wie man die Empfangsfeier arrangiren solle, daß sie den König überrascht, das Volk amüsiert und der Gemeinde nichts kostet. Da trat ein Stadtrath mit dem Antrage auf, man möge den Bürgermeister benennen lassen – denn das würde den König überraschen, das Volk amüsiren und der Gemeinde nichts kosten. – Ob auf diesen Antrag eingegangen wurde, darüber schwiegt die Geschichte". – Die "Karolinen List" machten zu dieser Anekdote die nachstehende Bemerkung, der wir voraussehen, daß Prags Bürgermeister-Stellvertreter der Alte zehn Beuthammer ist: "Die Geschichte schwiegt nicht über das Schicksal des fraglichen Antrags. Den Flensburger Nachrichten" zufolge ist nämlich der Antrag angenommen worden, lediglich mit folgendem Zusammendensein: Mit Rücksicht darauf, daß ein Stellvertreter da ist, dem es zufolgt, den Bürgermeister dort, wo er eine besondere Eignung dazu besitzt, zu vertreten, so soll – der Stellvertreter aufgehen werden. Ließ er Zusatz wurde damit motivirt, daß das Aufsehen des Stellvertreters den König zwar wenige überraschen, dafür aber, das die Gemeinde dabei gar nichts verliert".

\* Petersburg. Die am 28. d. M. stattgefundenen Vermählungen des Großfürsten Wladimir, zweiten Sohnes des Kaisers Alexander II., mit der Prinzessin Marie von Mecklenburg-Schwerin ist beachtenswert, weil zum ersten Male seit 120 Jahren eine in die Kaiserlich Russische Familie durch Heirath einreitende Deutsche Prinzessin ihrem Lutetischen Glauben trennt. Im Jahre 1711 als Peters des Großen unglücklicher Sohn Alexis sich mit der Prinzessin von Braunschweig-Wolfenbüttel vermählte, war Russland kaum in die Europäische Staatenfamilie eingetreten; diese erste Verbindung der Romanoff mit einem Europäischen Fürstenhaus (vorerst hatten, wie bekannt, sämmtliche Kaiser und ihre Töchter sich mit Töchtern ihrer Ländlichen Glaubens und es war keine Rücksicht davon, daß die Braut des Thronfolgers ihre Religion wechseln müsse). Dreißig Jahre später war es anders geworden. Eine eheliche Verbindung mit dem Russischen Kaiserhause war eine von den Deutschen Fürstenhäusern sehr gesuchte Ehre und wurde ohne Zaudern mit einem Religionswechsel erkaufst. Der erste Fall dieser Art war die Vermählung des Thronfolgers der Kaiserin Elisabeth, des Herzogs Karl Peter Ulrich von Holstein-Gottorp (nachherigen Kaisers Peter III.) mit der Prinzessin Sophie von Anhalt-Zerbst die als Katharina II. die zweite Stifterin der Russischen Macht wurde. In einem in der "Revue des deux mondes" vom 1. Februar d. J. enthaltenen Aufsatz von Alfred Ramond: Catharine II. dans sa famille, wird erzählt, wie leicht sich die Deutsche Braut in den Religionswechsel schüttelte, ja, wie die kleine 14jährige Prinzessin ihrem in Deutschland gebürgerten streng lutherischen Vater, dem preußischen Feldmarschall Prinzen Christian August von Anhalt-Zerbst, sogar mit theologischen Gründen bewies, daß eigentlich zwischen der Religion Luthers und der russischen Orthodoxie gar kein Unterschied stünde! Sei jener Zeit (1744) haben 11 mal russische Großfürsten sich in Deutschland eine Gemahlin geholt, und keine derselben konnte ohne Glaubens- und Namenwechsel der Verbindung mit Russland beitostig werden. Diese 11 Ehen fanden statt mit den Häusern Baden (1793 und 1857), Dänemark (1866), Hessen-Darmstadt (1773 und 1841), Oldenburg (1856), Preußen (1817), Sachsen-Weissenburg (1848), Sachsen-Coburg-Gaalfeld (1796) und Württemberg (1776 und 1824).

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

(Große Auktion von Originalzuchtrindern.) Die rührigen landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens, in der Abteilung, die Rindviehzucht durch Einführung von reinblütigen Originalhieren zu fördern und den Züchtern ein möglich zuverlässiges Material auf billigstem Wege zu bieten, haben ein Kapital von 25.000 Thalern zusammen gesammelt, um für diesen Betrag Buchrinder der mittel- und oberdeutschen Schläge und der Holländer, Oldenburger und Westfälische Stämme anzukaufen und zum öffentlichen Verkauf zu stellen. Diese Auktionen werden durch besondere Vereinsdelegierte in den resp. Ursprungsländern in sachkundiger Weise ausgeführt und die prächtigen Thiere selbst gelangen in Breslau am 28. September c. zum Verkauf. Die thierzüchterischen Kreise auf dieses gemeinnützige Unternehmen, welches auf dem Wege der Selbsthilfe und genossenschaftlichen Vereinigung basirt, aufmerksam zu machen, halten wir für angemessen.

## Aus allen Theilen der Welt</

**Bekanntmachung.**

Im Monat September er. liefern nachbenannte Bäcker das Roggenbrod und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten:

**Brot à 5 Sgr.**

Ignaz Rychlicki, Halbdorffstr. 17, 2 Kilo.  
Simon Licht, Markt 9, 2 Kilo.

**Semmel à 1 Sgr.**

Simon Licht, Markt 9, 200 Gramm,  
Anton Lechner, Fischerei 24, 200 Gr.,  
Ignaz Rychlicki, Halbdorffstr. 17, 200  
Gramm, Leopold Vieug, Wallischei 43,  
200 Gramm.

Posen, den 5. September 1874.

Königliche Polizei-Direktion.  
Simm.

**Bekanntmachung.**

Der auf St. Martin neben Krugs-Hotel belegene städtische Bauplatz soll auf 3 Jahre an den Meistbietenden im Wege der Submission anderweitig verpachtet werden.

Submissionsofferten sind im Termine den 16. September er.

Vormittags 10 Uhr

im Rathauscale abzugeben.

Fallen die Submissionsofferten zu gering aus, so tritt ein Elicitationsverfahren unter die Erfchienen auf Grund der abgegebenen Submissionsofferten ein.

Posen, den 8. September 1874.

Der Magistrat.

**Bekanntmachung.**

Durch Kriegsministerielle Verfügung vom 27. März 1874 ist die Errichtung eines

**„Central-Melde-Büros“**

für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes aus dem Bezirk der bisherigen 3., 4. und 5. Bezirks-Companie genehmigt worden. Das zu Bureau ist demnach in dem ehemal. Garnison-

schulgebäude an der evangelischen Garnisonkirche hierzulst etabliert worden, und werden dort vom 21. d. Mts. ab die Melddungen u. s. w. der fähmlichen Mannschaften des Beurlaubtenstandes aus der Stadt und dem Kreise Posen angenommen, jedoch nur in den Stunden von früh 9 bis Mittags 1 Uhr.

Posen, den 10. September 1874.

Königl. Landwehr-Bezirks-Commando.

J. B.

Wojozewski,

Lieutenant und Adjutant.

**Bekanntmachung.**

Die zur Aron Fürst'schen Konkursmasse gehörigen, noch ausstehenden Forderungen im Gesamtbetrag von 3,283 Thlr. 5 Sgr. 6 Pf. und Binsen sollen im Termine

den 22. September 1874

Vormittags 11 Uhr vor dem Kommissar des Konkurses im Bureau XI. des unterzeichneten Gerichts öffentlich meistbietend verkauft werden.

Posen, den 3. September 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Zu dem Konkurse über das Vermögen der Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Bienski, Chlapowski, Plater & Co. zu Posen, hat der Rittergutsbesitzer Paul v. Barzewski auf Odra nachträglich eine Forderung von 800 Thlr. angemeldet.

Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist auf den

**17. September 1874,**

Vormittags 11 Uhr, vor dem Konkurs-Kommissar im Terminkabinett Nr. 11 anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 7. September 1874.

Königliches Kreisgericht.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Targowasko belegene, im Hypothekenbuch der selben unter Nr. 5 eingetragene, dem Thomas Ignasiński gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 9 Hektaren 60 Acren 90 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 47,44 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 15 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 4. Novbr. d. J.

Nachmittags um 5 Uhr im Lokale des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schrada, den 29. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Die dem Müllermeister Berthold Hoch und seiner Ehefrau Clara, geb. Just gehörigen Grundstücke:

a) das Haus-Grundstück Lissa Nr. 317 B., welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 30 Thlr. veranlagt ist;

b) das Hausrundstück Lissa Nr. 322, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 250 Thlr. veranlagt ist, mit der dazu gehörigen Windmühle Nr. 1051, welche zur gedachten Steuer mit einem Nutzungswert von 8 Thlr. veranlagt ist, sollen Zwecks Zwangsversteigerung, am

24. November 1874,

Vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle hierzulst (Simm. Nr. 15) in nothwendiger Subhaftstation versteigert werden.

Lissa, 2. September 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Brzezie, Schröder Kreises belegene, im Hypothekenbuch der gedachten Ortschaft sub Nr. 19 eingetragene, dem Rittergutsbesitzer Bronislaus v. Dabrowski auf Winnia-Góra gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 10 Hektaren 12 Acren 70 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 40,44 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 24 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 4. Novbr. d. J.

Nachmittags um 5 Uhr im Lokale des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schrada, den 29. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

**Nothwendiger Verkauf.**

Das in der Ortschaft Czerlejko belegene, im Hypothekenbuch der selben sub Nr. 24 eingetragene, dem Roman Danielowski gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtet steht und welches mit einem Flächeninhalt von 20 Hekt. 33 Acren, 60 Quadratrab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinetrage von 99,51 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 5. November d. J.

Nachmittags 3 Uhr im Lokale der Gerichtstags-Kommission zu Kostrzyn versteigert werden.

Schrada, den 25. August 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftations-Richter.

## &lt;b

Wegen Mangel an Raum sind 20 Städt. meist ges. blüh. Pelzg. u. and. Pflanz. in Töpfen billig zu verkauf. i. Garten vis-a-vis "Foit Hafe", Thür No. 1. Nachm. von 4-7 Uhr.

## Dom. Witoslaw

bei Alt.-Bohen  
offerirt zur Saat bei einer Preiserhöhung von 15 Sgr. p. 100 Kilo über höchste Breslauer Tageznottiz franco. Witoslaw Alt.-Bohen:

Probsteier Roggen,

Campiner Roggen,

erste Abfaat.

Correns-Roggen,

zweite Abfaat.

Sandomir-Weizen,

erste Abfaat.

Der Verkauf sprungsfähiger Böcke aus hiesiger Rambouillet-Stammshäuserei beginnt am 26. Septbr. früh 11 Uhr.  
Orla bei Kozmin.

## Lapins

(Hasenkaninchen) sind zu haben bei Lehrer Kutzner in Lewkow-Hl. bei Ostrowo.

Gardinen, Crettones, Meubles- und Portières-Stoffe, Tischdecken, Teppiche, Steppdecken, Reisedecken in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

## Hasse, Wache & Co.,

Neuestr. 2.  
Eine Schlittendecke nebst Gärte, eine große Wasserkufe und ein Fußsack sind verzuglich. Langestr. 7, dritte Etage, rechts, zum Verkauf.

Wiederverkäufer, die nach Leipzig reisen, werden auf große Posten feiner Kleiderstoffe zu sehr billigen Partie-Preisen aufmerksam gemacht.

Weber von A. Löwenthal, Berlin, Breitestr. 20.

Zwei Ladenstücke sofort zu verkaufen. Stegenstr. 25, 3 Treppen.

Ein großes gut erhaltenes Thorweg und ein Paar Hausschlütturen werden sofort zu kaufen gesucht. Offerten nimmt die Expedition dieser Zeitung entgegen.

W eisser Brust-Syrup aus der 1855 von G. A. W. Mayer in Breslau gegründeten Fabrik, für dessen vorsprüngliche Wirksamkeit Tausende von Ärzten, ausgestellt von Personen jeden Standes, sprechen, ist stets echt vorrätig in Posen bei Fidus Busch, Saviebplatz 2. Gebr. Kranz, Bronnerstr. 1. Krug u. Gabriele, Breslauerstr. 10. J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstr. 16. (H. 21524.)

Neue Ostsee-Häringe, Prämiert Berlin 1873. Die feinsten Sorte Hähnchen vom dies. Herbstfang, nicht eingefaselt, sondern sofort nach dem Fang täglich frisch nach einer von mir neu erfundenen Methode in pikanter Sauce marinirt und in Dosen verpackt. Jahre lang dauerhaft Empfehlung als eine billige und keine Delikatesse a Dose von 4 Liter 2 Thaler. Desgleichen in feinstem Butter gebraten a Dose 2 Thlr. Blomen-Häringe, gesalzen, a Fass 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. Verfende gegen Einwendung von 2 Thlr. 5 Sgr. a Dose frankt durch ganz Deutschland.

H. Haecke in Barth a. d. Ostsee. Ein möbliert. Zimmer zu vermieten Wilhelmstr. 9. 2. Etage. Räume in der Schirm- und Tapissiere-Waren-Handlung.

## Monogramme

in den geschmackvollsten Dessins werden prompt und preiswerth angefertigt in der



Hofbuchdruckerei W. Deder & Comp.

Hasse, Wache & Co.,  
Posen, Neuestr. 2,  
beehren sich ergebenst den Empfang sämtlicher Nouveautés für die Herbst- und Winter-Saison anzuzeigen.

Proben nach Auswärts franco.



Gepresste Böden  
für Kesselschmieden liefert  
die Friedrich-Wilhelms-Hütte bei Troisdorf.  
(Kohlen, Walzwerk, Maschinenfabrik und Gieherei.)

Das internationale  
Saat-Kartoffel-Geschäft  
des Rittergutsbesitzers A. Busch zu Gr. Massow  
bei Zewitz i. Pommern,  
versendet seine illustrierten Preis-Verzeichnisse auf Verlangen gratis und franco, und gewährt bei Herbstbezug bedeutenden Rabatt.  
Eigener Import und Nachbau auf der eigenen Pflanzung und 18 benachbarten Gütern.  
(H. p. 13929.)  
General-Agentur für Posen: E. Kunkel, Posen.

F. Astfalok,  
Breslau,  
Herrenstraße 28.  
General-Agentur  
der  
"Champion",  
combinirte Getreide- und Gras-Mähmaschine von  
Warder, Mitchell & Co.,  
Springfield Ohio U. S.

Mit Prospecten siehe gern zu Diensten.

Ergebnst  
**F. Astfalok.**

Gardinen, Crettones, Meubles- und Portières-Stoffe, Tischdecken, Teppiche, Steppdecken, Reisedecken, Reiseplaids u. Niemen in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

Neuestr. 2. Hasse, Wache & Co.

Den 13., 14. u. 21. September bleibt mein Geschäft Feiertags halber geschlossen.

Jacob Appel.

Ab. Reinhardt in Wachenheim a. d. Haardt verfertigt in solider Verp. gegen baar od. Nachnahme: Beste Gur- und Tafelrauben pro Pfund 4 Sgr., Schöne Pferde zum Einmachen pro 100 St. 3 Thlr., Schönes Tafel- und Halbstoff (Apfel und Birnen) pro 100 Stück 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Thlr. Zwischen zum Dören oder Einfachen 400 St. 1 Thlr.

Mühlstr. 26.

1. Etage: Saal, 5 Zimmer, Küche, Mädchenzimmer ic. zu vermieten. Das selbst Stallungen und Remise.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (E. Köschel) in Posen.

Kalender f. d. Jahr 1875, vorrätig bei J. J. Weine i. Posen.

Markt 85.

Der Bote 10 Sgr. Evangel. Volkskalender 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. Tante, Volkskalender 5 Sgr. Reichskalender 5 Sgr. Steffens Volkskalender mit Wandkalender 12 Sgr. Trewendts Volkskalender 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. Menzel & Lengeriks landwirtschaftlicher Kalender 2 Thlr. à 25 Sgr., 1 Thlr. und 1 Thlr. 10 Sgr. Ebenso die Hauskalender von Flemming und Trewendt a 5 Sgr. Comptoir-Kalender aufgezogen und roh.

Wiederverkäufern wird ein bedeutend. Rabatt zugesichert.

## Frankfurter

### Pferde-Lotterie.

Verlosung eines vollständigen Biergespanns, eventuell 10 elegante Wagen, 60 Pferden ic. ic. am 30. September 1874. Lotte a 1 Thlr. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr. (incl. Franco-Zusendung der Ziehungsliste) sind noch zu haben bei

Simon Marcus,

Frankfurt a. M.

Schifferstr. 20

Ist eine Wohnung von 3 Stuben nebst Zubehör zu vermieten. Näheres im Bureau des Justizrathes

**Tschuschke**, Kanonenplatz Nr. 9.

### St. Martin 37

ein eleganter Laden, eine Kellerwohnung und im 4. Stock 2 Stuben und Küche zu vermieten.

### Markt 47

sind Wohn. per 1. Oktober c. zu vermieten. Gutto bei Wreschen sucht zum 1. Oktober einen beider Landesprachen mächtigen, unverheiratheten

### Beamten.

Vorstellung erwünscht. Ich suche einen deutschen

### Dienner

oder gut empfohlenen früheren Offizierburschen dauernd zu engagiren.

### Wendorff,

Zbziechow bei Gniezen.

Dominum Bracke bei Sadke sucht zum 1. Oktober d. J. ein gebildetes

### junges Mädchen,

zur Unterstützung der Hausfrau. Fertigkeit in Handarbeiten Hauptbedingung.

### E. Püsschen.

Ein Lehrling mit guter Schulbildung findet in meinem Komitor per 1. Oktober Stellung. (H. 283a)

Emil Weimann,

Markt 87.

Ein junger Mann mit guter Schulbildung und beider Landesprachen mächtig findet gegen monatliche Vergütung als Lehrling Stellung.

### Hasse, Wache & Co.

Apotheker-Eleve. Ein gebildeter junger Mann findet zum 1. Oktober c. in biesiger Hof- und Stadtapotheke Aufnahme als Eleve. Siegm. O. Fr. Kirchberg, Apothekenbesitzer.

Apotheke in Birnbaum. Ein junger Mann kam unter günstigen Bedingungen zum Oktober d. J. oder später als

### Lehrling

bei mir eintreten.

### H. Reinhard.

Tüchtige Uhrmachergehülfen finden angenehme und lohnende Stellung bei

### Herrn. Kiehl

in Halle a. S.

Ein unverheiratheter Landwirt militärf., polnisch sprechend, dem gute

Arzteile zur Seite stehen, sucht sofortige Stellung. Ges. Off. bitte direkt R. Hammer, Delonon, Oppeln D. Sch. zu senden.

### Die Berliner

### Vacanzen-Liste

bietet allen Stellensuchenden seit 15 Jahren die sicherste Gelegenheit, sich ohne Commissionäre und Honorare selbst ein Engagement (in jedem Berufe und jeder Charge) zu beschaffen. Abon-

nement: für 5-wöchentliche Listen

1 Thlr. für 13-wöchentl. Listen 2 Thlr.

Post-Office) an Buchhändler A. Re-

temeyer in Berlin, Getraudten-

straße 18 zu richten.

## Eine Wirthshafterin,

die in allen Zweigen der Haus- u. Landwirthschaft vertraut, der deutsch- u. poln. Sprache mächtig, wünscht

Stellung vom 1. Okt. d. J. Offerten bitte man unter Chiffre A. Z. No. 222 poste rest. Creubura O. S.

Eine evang. gepr. Erzieherin sucht zum 1. Oktober eine Stellung. Adresse erben: E. D. poste restante Roszkow bei Jarocin.

## Ein anständiges Mädchen

sucht eine Stelle als Ladenmädchen. zu erfrag. Mühlcnstr. 10, 3 Tr. rechts.

## Ein junger Mann,

militärf., der einige Jahre bei der Bahn beschäftigt, mit den Bodenmeisterdiensten und Buchführung vollständig vertraut ist, sucht vom 1. Oktober eine passende Stellung in einem Geschäft. Gefällige Offerten unter J. Z. 100 poste restante Kosten.

Ein verheiratheter Wirthschafts-Inspektor, welcher 7 Jahr Gelegenheit hatte, sich in großen Wirthschaften auszubilden, der polnischen u. deutschen Sprache mächtig ist und gute Arzteile besitzt, sucht Stell. soz. od. zum 1. Okt. d. J. Adr. an den Apoth. Horn. Scherf in Schneidemühl, Bahnhofstraße.

Tüchtige Stubenmädchen brauche ich noch; gute Kinderfrauen und Wirthinnen sind noch zu haben durch Frau Anders-Nietrzepowska, Schloßgrätz 5.

Tüchtige Wirthschafterinnen c. und gut empfohlene Dienstmädchen jeder Art weist nach

Caarth, Wilhelmstr. 17.

Gute Dienstboten zu allen Branchen plaziert die Dienstvermittlerin Anna Schmidt, Schützenstr. 25.

## Bertha Herrmann Julius Stiller

Verlobte. Landsberg a. W. 9. Sept. 1874.

## Danksagung.

Für die so liebvolle und zahlreiche Beileitung bei dem Begräbnis meiner unvergleichlichen Tochter Bertha mit dem Kaufmann Herrn Julius Stiller aus Posen beeindruckt mich meine Verwandten und Freunde hierdurch ergebenst anzugeben.

Landsberg a. W. 9. Sept. 1874. D. Herrmann.

## Obornik, den 9. Sept. 1874.

### G. A. Gersbach,

Gasthofsbesitzer.

Allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl. Ewald Polenz.

## Saison-Theater

in Posen.

Freitag den 11. September: Zweites Gattspiel der Frau v. Racovitsa aus Wien.

## Der Diplomat der alten Schule.

Original-Lustspiel in 3 Akten von Dr. Hugo Müller.

\*\* Baronin von Strahlen: Frau v. Racovitsa.

## Ein alter Kasten.

Lustspiel in 1 Akt von Henriette Chailly: Frau v. Racovitsa.

Sonnabend den 12. September: Gastspiel des Herrn Neubauer.

## Auf Verlangen: Extra-Vorstellung.

### Kabale und Liebe.

Trauerstück in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.

Logen- und Sparten 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Sgr.

Täglich frische Klavi. u. Gänsebraten bei Oscar Meyer, Halbdorffstr. 2.

## Sonnabend, 12. Septbr.

## Concert

der Pianistin Fr. Alma Priebe,

unter Mitwirkung